



## Wortprotokoll der 27. Sitzung

### Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Berlin, den 23. Januar 2023, 13:00 Uhr  
10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1  
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Saal MELH 3.101

Vorsitz: Renata Alt, MdB  
Norbert Altenkamp, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### Einzigster Punkt der Tagesordnung Seite 7

Öffentliche Anhörung zum Thema:  
Bericht der Bundesregierung über die deutsche  
humanitäre Hilfe im Ausland 2018 bis 2021 (BT-  
Drucksache 20/2000)

**Federführend:**  
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

**Mitberatend:**  
Auswärtiger Ausschuss  
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft  
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
Entwicklung



## Geladene Sachverständige

### **Bodo von Borries<sup>1</sup>**

Leiter des Bereichs Humanitäre Hilfe, Frieden und Teilhabe aller bei VENRO e.V.

### **Dr. Martin Frick<sup>2</sup>**

Direktor des Büros des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen für Deutschland, Österreich und Liechtenstein

### **Roman Herre<sup>3</sup>**

Agrarreferent in der Geschäftsstelle von FIAN Deutschland e.V.

### **Katharina Lumpp<sup>2</sup>**

Vertreterin des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in Deutschland

### **Bärbel Mosebach<sup>4</sup>**

Humanitarian Director Deutsche Welthungerhilfe e.V.

### **Erika Steinbach<sup>5</sup>**

Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V.

### **Ralf Südhoff<sup>6</sup>**

Direktor des Centre for Humanitarian Action e.V.

### **Florian Westphal<sup>4</sup>**

Vorstandsvorsitzender von Save the Children Deutschland e.V.

<sup>1</sup> auf Vorschlag der Fraktion der FDP zur öffentlichen Anhörung eingeladen

<sup>2</sup> auf Vorschlag der Fraktion der CDU/CSU zur öffentlichen Anhörung eingeladen

<sup>3</sup> auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE. zur öffentlichen Anhörung eingeladen

<sup>4</sup> auf Vorschlag der Fraktion der SPD zur öffentlichen Anhörung eingeladen

<sup>5</sup> auf Vorschlag der Fraktion der AfD zur öffentlichen Anhörung eingeladen

<sup>6</sup> auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur öffentlichen Anhörung eingeladen



## **Fragenkatalog der Fraktionen zur Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland 2018 bis 2021 (BT-Drucksache 20/2000) am 23. Januar 2023**

### **I. Zum Grand Bargain**

An dem im Jahr 2016 beschlossenen Grand Bargain gibt es von vielen Seiten Kritik, vor allem was die Erfüllung der selbstgesteckten Ziele angeht. Mit dem Grand Bargain 2.0 soll es inhaltlich und organisatorisch anders und besser werden. Was muss sich Ihrer Meinung nach beim Grand Bargain 2.0 gegenüber der ersten Version ändern? Welche Rolle spielen dabei NGOs, Zivilgesellschaft und Politik (sowohl national als auch international)? (SPD)

Der Prozess des Grand Bargain 2.0 fokussierte zwei grundlegende Prioritäten: die der hochwertigen Finanzierung bei gleichzeitiger Transparenz sowie der Stärkung der Rolle lokaler Einsatzkräfte und Betroffener. Wie schätzen Sie den Stand der Umsetzung der Prioritäten ein, worauf sollte sich der Folgeprozess 3.0 konzentrieren und welche Erwartungen richten sich im Folgeprozess an die Bundesregierung, um das zentrale Ziel der Reform der humanitären Hilfe zu erreichen? (CDU/CSU)

2016 wurde auf dem humanitären Weltgipfel in Istanbul der Grand Bargain ins Leben gerufen, der einen Reformprozess in der humanitären Hilfe anstoßen und in puncto ihrer Effektivität und Effizienz Verbesserung mit sich bringen sollte. 2021 zogen diverse Akteure in unterschiedlichen Bewertungen eine gemischte Bilanz: Obwohl der Grand Bargain durchaus positive Anstöße lieferte, konnten viele der vereinbarten Ziele nicht erreicht werden. Aufbauend auf diesen Erkenntnissen wurde der Grand Bargain hinsichtlich seiner Ausgestaltung und Arbeitsweise einem strategischen Wandel unterzogen, um mit dem Grand Bargain 2.0 einen aktualisierten Rahmen für die angestrebte Reform im humanitären Sektor zu schaffen. Welche Erwartungen haben Sie an den Grand Bargain 2.0 und welche Rolle kann bzw. sollte Deutschland einnehmen, um diesen Prozess voranzutreiben? (FDP)

### **II. Internationale Organisationen und lokale Akteure**

Bei der humanitären Hilfe spielen die lokalen Akteure und das Zusammenspiel von nationalen und internationalen Organisationen eine wichtige Rolle. Wie bewerten Sie dieses Zusammenspiel und welche Bedeutung haben Ihrer Meinung nach dabei partnerschaftliche Ansätze mit Stakeholdern? (SPD)



Wie kann in der humanitären Hilfe Deutschlands mehr Förderung von lokalen Partnern und mehr Partizipation durchgesetzt werden, insbesondere mit Blick auf intermediäre Organisationen (Vereinte Nationen, internationale Nichtregierungsorganisationen, pooled funds) und welche Instrumente sowie Anreize sollte hier das Auswärtige Amt nutzen/setzen? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Einzigartigkeit des palästinensischen Flüchtlingsstatus – Vererbbarkeit selbst bei Annahme einer anderen Staatsbürgerschaft – wird immer neue „Flüchtlinge“ produzieren. Von den 1949 geflohenen 600.000 Arabern in und aus den palästinensischen Gebieten leben noch ca. 5%, ungefähr 30.000. Die UNRWA verwaltet 5.6 Millionen „Flüchtlinge“. Der Status schafft eine auf Dauer gestellte und anschwellende Nothilfe, dies entspricht nicht den sonst weltweit angewendeten Prinzipien der humanitären Hilfe. An welcher Stelle kann dieses Problem gelöst werden: Reform des o. g. Flüchtlingsstatus, Überführung der UNRWA in den Aufgabenbereich der UNHCR, sonst wie? (AfD)

### **III. Wachsende Ernährungsunsicherheit**

Bereits im Jahr 2021 drohten in bis zu 43 Ländern hungersnotähnliche Zustände. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine verschärft diese Situation immens. Was muss im Bereich der humanitären Hilfe unmittelbar an dringlichen Maßnahmen erfolgen, um akutem Hunger und wachsender Ernährungsunsicherheit effektiv entgegenwirken zu können? (CDU/CSU)

Schwere Hungerkrisen und Hungersnöte sind auf dem Vormarsch, das geht auch aus dem Bericht der Bundesregierung hervor. Die aktuell jedoch vorherrschende Darstellung des Anstiegs der Lebensmittelpreise und der zunehmenden Ernährungsunsicherheit und Hunger lässt regelmäßig außer Acht, dass der Hunger bereits seit 2014 zunimmt, obwohl die Nahrungsmittelproduktion ein Rekordhoch erzielt hat. Was sind also die strukturellen Ursachen von Hunger, Ernährungsunsicherheit und Unterernährung? (DIE LINKE.)

Laut Bericht der Bundesregierung sind bewaffnete Konflikte für den Großteil aller humanitären Notlagen verantwortlich und mit Abstand der größte Treiber von Hunger. Sanktionen und Nahrungsmittelspekulationen verschärfen humanitäre Krisen bedeutend, weil sie Lebensmittel und Düngemittel massiv verknappen und Preise in die Höhe treiben. Der Transport wird durch Sanktionen erheblich erschwert und verteuert. Inwieweit wird die Agrarproduktion durch Krieg, Sanktionen und Nahrungsmittelspekulation beeinflusst und welche Auswirkungen auf Preise und Lieferketten ergeben sich insbesondere für die Länder des globalen Südens mit welchen Folgen bezüglich Ernährungsunsicherheit und Hunger? (DIE LINKE.)



#### **IV. Rolle Deutschlands**

Deutschland nimmt eine weiterhin begrenzte Rolle als gestaltender „Player“ in der humanitären Hilfe ein, die nicht seiner Rolle als wichtiger „Payer“ entspricht. Inwiefern und warum hat Deutschland hier im Berichtszeitraum seine Möglichkeiten beim policy-Beitrag ausgeschöpft bzw. nicht ausgeschöpft, bspw. mit Blick auf Gender-Aspekte in der humanitären Hilfe?  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bericht lobt die Bundesregierung dafür, dass sie spontan und mit dem Gefühl der Verantwortung die Zahlungsausfälle der USA an die UNRWA kompensierte. Ist dies mit der gerne geäußerten Haltung von der Sicherheit Israels als deutsche Staatsdoktrin in Einklang zu bringen, wenn man bedenkt, dass die UNRWA im Gazastreifen mit der Hamas teilweise quasi identisch ist, und letztere sich nichts sehnlicher wünscht (from the river to the sea, Palestine will be free!), als Israel zu vernichten? (AfD)

In der Vergangenheit haben zahlreiche Staaten, aber auch zwischenstaatliche Organisationen zunehmend restriktive Gesetze und Richtlinien zur Terrorismusbekämpfung verabschiedet. Die oftmals komplexen und intransparenten Sanktionsregime wirken sich negativ auf die Arbeit von humanitären Organisationen aus und erschweren die Erbringung von Hilfeleistungen vor allem in Konfliktgebieten. Welchen Beitrag kann/sollte Deutschland leisten, um (bestehende) Sanktionsregime und humanitäre Arbeit stärker miteinander in Einklang zu bringen? (FDP)



### Mitglieder des Ausschusses

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
SPD	Droßmann, Falko Engelhardt, Heike Funke, Fabian Schwabe, Frank Sthamer, Nadja Türk-Nachbaur, Derya	Castellucci, Dr. Lars Dieren, Jan Heinrich, Gabriela Hennig, Anke Nasr, Rasha Özoğuz, Aydan
CDU/CSU	Abraham, Knut Altenkamp, Norbert Maria Brand (Fulda), Michael Geissler, Dr. Jonas Weiss (Wesel I), Sabine	Brehm, Sebastian Brodesser, Dr. Carsten Hoppermann, Franziska Lips, Patricia Winkelmeier-Becker, Elisabeth
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Lucks, Max Mijatović, Boris Walter-Rosenheimer, Beate	Khan, Misbah Pahlke, Julian Taher Saleh, Kassem
FDP	Alt, Renata Heidt, Peter	Lambsdorff, Alexander Graf Lechte, Ulrich
AfD	Braun, Jürgen Sichert, Martin	Friedhoff, Dietmar Rinck, Frank
DIE LINKE.	Nastic, Zaklin	Al-Dailami, Ali



## **Einzigster Punkt der Tagesordnung**

Öffentliche Anhörung zum Thema:

### **Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland 2018 bis 2021 (BT-Drucksache 20/2000)**

Die **Vorsitzende**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren Sachverständige, verehrte Gäste, hiermit eröffne ich die 27. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und begrüße Sie herzlich zu unserer öffentlichen Anhörung zu dem Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland 2018 bis 2021, Bundestagsdrucksache 20/2000. Herzlich grüße ich zunächst unsere heutigen Sachverständigen:

#### **Herrn Bodo von Borries**

Leiter des Bereichs Humanitäre Hilfe, Frieden und Teilhabe aller bei VENRO e.V.

#### **Herrn Dr. Martin Frick**

Direktor des Büros des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen für Deutschland, Österreich und Liechtenstein

#### **Herrn Roman Herre**

Agrarreferent in der Geschäftsstelle von FIAN Deutschland e.V.

#### **Frau Katharina Lumpf**

Vertreterin des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in Deutschland

#### **Frau Bärbel Mosbach**

Humanitarian Director Deutsche Welthungerhilfe e.V.

#### **Frau Erika Steinbach**

Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V.

#### **Herrn Ralph Südhoff**

Direktor des Centre for Humanitarian Action e.V.

## **Herrn Florian Westphal**

Vorstandsvorsitzender von Save the Children Deutschland e.V.

Ich begrüße außerdem die Mitglieder des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, sowie die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ausschüssen, die an unserer Sitzung teilnehmen. Des Weiteren begrüße ich als Gast die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Luise Amtsberg. Frau Amtsberg muss die Sitzung wegen anderer Termine gegen 14:15 Uhr verlassen. Nicht, dass Sie sich wundern, dass sie plötzlich aufsteht und den Saal einfach so verlässt. Außerdem begrüße ich auch sehr herzlich unsere Gäste auf der Tribüne und bitte darum, ab jetzt nicht mehr zu fotografieren und die Anhörung nicht zu stören. Ich weise darauf hin, dass die Benutzung von Handys auf der Tribüne verboten ist. Damit habe ich indirekt schon gesagt, was ich hiermit noch einmal betone. Die Anhörung ist öffentlich. Sie wird live im Parlamentsfernsehen übertragen. Ich begrüße also auch die Zuschauerinnen und Zuschauer an den Bildschirmen. Im Anschluss wird die Anhörung auch über die Mediathek auf der Webseite des Deutschen Bundestages abrufbar sein. Von der Sitzung wird zudem ein Wortprotokoll angefertigt, das später auch auf der Internetseite des Ausschusses veröffentlicht wird. Dort wurden heute Vormittag auch die Stellungnahmen der Sachverständigen veröffentlicht, sofern diese dem zugestimmt haben. Den Mitgliedern des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie denen der eingeladenen Ausschüsse sind diese bereits vorab zugegangen. Wie üblich bei unseren Anhörungen möchte ich Sie um Ihr Einverständnis bitten, dass Abgeordnete anderer Ausschüsse hier heute ein Rede- und Fragerecht, wie die Mitglieder des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe haben. Darauf, wer für Ihre Fraktion fragt, müssen Sie sich untereinander einigen. Ich sehe keinen Widerspruch, dann verfahren wir so. Zum Ablauf der Anhörung: Die Anhörung soll nach dem Verfahren ablaufen, welches die Obleute des Ausschusses am 6. April 2022 vereinbart haben. Danach haben die Sachverständigen in alphabetischer Reihenfolge zunächst die Gelegenheit ein Eingangsstatement von 3 Minuten



zu halten, daran schließt sich eine erste Frage- und Antwortrunde an, auf die weitere Runden folgen können, wenn es die Zeit erlaubt. In jeder der Fragerunden werden die Fraktionen in einer feststehenden Reihenfolge aufgerufen, die einerseits dem Stärkeverhältnis und andererseits dem Wechsel zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktion entspricht. Das heißt, der Aufruf erfolgt in der folgenden Reihenfolge: SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, AfD, FDP, die Linke. Die Fraktion hat pro Runde die Möglichkeit, eine beliebige Zahl von Fragen an bis zu zwei Sachverständige zu stellen. Für die Fragen, die auch von mehreren Abgeordneten einer Fraktion gestellt werden können, steht ein Zeitkontingent von insgesamt 2 Minuten zur Verfügung. Die befragten Sachverständigen haben dann jeweils für ihre Antwort höchstens vier Minuten Redezeit. Die Fragen der Abgeordneten einer Fraktion und die Antworten der Sachverständigen folgen unmittelbar aufeinander. Am Ende der Anhörung haben die Sachverständigen dann in einer Schlussrunde noch einmal die Möglichkeit, sich in drei Minuten abschließend zu äußern. Die Redezeit wird Ihnen angezeigt. Funktioniert die Technik? Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Wenn es keine Fragen mehr gibt, verfahren wir so. Bevor ich den Sachverständigen das Wort gebe, möchte ich kurz vor allem unsere Gäste darauf hinweisen, dass sich der Ausschuss mit dem Thema der humanitären Hilfe in seinen Sitzungen regelmäßig auseinandersetzt. Die letzte Anhörung des Ausschusses zu einem Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland hat in der letzten Wahlperiode am 20. März 2019 stattgefunden. Damals ging es um den vorherigen Berichtszeitraum 2014 bis 2017. Leider sind die humanitären Krisen in der Welt in letzter Zeit nicht weniger geworden. Wenn man den Trend der letzten Jahre betrachtet, lässt sich ein dramatischer Anstieg des humanitären Bedarfs erkennen. Die drei größten Treiber sind dabei Klima, Kriege und Konflikte, sowie die Covid-Pandemie mit ihren wirtschaftlichen Sekundärfolgen. Diese öffentliche Anhörung ist ein wichtiges Zeichen für unsere Bereitschaft, humanitäre Verantwortung zu übernehmen und die Zurverfügungstellung der Instrumente der humanitären Hilfe einer kritischen Begutachtung

zu unterziehen. Jetzt aber genug der Vorrede. Ich bitte von unseren geladenen Sachverständigen zuerst Herr von Borries, Leiter des Bereichs humanitäre Hilfe Frieden und Teilhabe aller bei VENRO mit seinem einleitenden Statement zu beginnen. Herr von Borries, Sie haben drei Minuten.

**SV Bodo von Borries:** Vielen Dank, Frau Alt. Sehr geehrte Abgeordnete, vielen Dank für die Einladung. Als VENRO Dachverband vertreten wir 140 Nichtregierungsorganisation, die weltweit tätig sind. Es gibt in der humanitären Hilfe eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen den humanitären Akteuren und der Bundesregierung im Koordinierungsausschuss und auch in diesem Ausschuss. Deswegen sind wir sehr dankbar, dass heute diese öffentliche Anhörung stattfindet. Aus unserer Sicht kann das durchaus gerne regelmäßig auch zu einzelnen Anlässen geschehen. Wir brauchen diese intensive Debatte im Parlament und Fachöffentlichkeit, um die humanitäre Hilfe zu verbessern und auch den humanitären Bedarf zu verringern. Ich möchte drei Punkte machen. Der Erste betrifft den Bericht selber und die Transparenz bei der Vergabe der Mittel. Leider ist Deutschland als zweitgrößter bilateraler humanitärer Geber noch kein Vorbild in Bezug auf Transparenz. Wir haben das gesehen in einer Auswertung des Agent Transparency Index 2022, wo Deutschland nur noch im hinteren Feld rangiert. Die vier Jahresberichte reichen leider nicht aus. Sie informieren zu spät über die Schwerpunktsetzungen und die Fortschritte, vor allen Dingen bei den Reformthemen. Der jetzige Bericht nimmt kaum Stellung zu Themen wie Lokalisierung und Verbesserung der Qualität der Förderung. Die jährliche Berichterstattung sollte sonst so ein Ziel sein und sollte zusätzlich auch auf die Zukunft sehen, was die Planung angeht. Wir brauchen diese öffentliche Diskussion. Mein zweiter Punkt betrifft den Grand Bargain, und das war ein Großteil Ihrer Fragen auch aus dem Kreis des Ausschusses. Wir halten den Grand Bargain weiterhin für das einzigartige und weiterhin notwendige Instrument der internationalen Zusammenarbeit. Er ist in dieser Zusammensetzung einzigartig. Er ist in der Lage, Antworten auf diese wachsende Lücke zwischen Bedarf und Mitteln zu geben. Es gab Fortschritte in wichtigen Bereichen, wie der Cash-basierten





Hilfe, im Berichtswesen oder der ungebundenen Finanzierung. Fortschritte bei Lokalisierung und der Qualität der Finanzierung sind allerdings bisher ausgeblieben. Wir haben noch keinen Systemwandel erreicht. Aus unserer Sicht sollte deswegen der Grand Bargain verlängert werden. Er sollte dieselben zwei Schwerpunkte fortsetzen, um diese Verbesserung zu erreichen. Aus unserer Sicht wäre ein Zeithorizont bis 2030, analog zu den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030, sinnvoll. Die Facilitation Group, in der die Bundesregierung eine wichtige Rolle spielt, sollte deutlich erweitert werden. Wir brauchen mehr Unterstützung und mehr lokale Verankerung. Für diese neue Rolle sind die nationalen Referenzgruppen ein wichtiger Faktor. Sie sollten stärker in der Facilitation Group eingebunden werden und dabei müsste ihre Rolle geklärt werden. Die „eminent“ person, die sehr wichtig ist für die politische Unterstützung, ist auf jeden Fall aus dem Süden zu besetzen und die Facilitation Group sollte insofern weiter auch von der Bundesregierung besetzt und bei anderen Regierungen dafür geworben werden. Ich bin schon am Ende meiner Zeit und muss dann die anderen Themen für möglicherweise spätere Runden aufheben. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dr. Frick, bitte.

SV Dr. **Martin Frick**: Vielen Dank Frau Vorsitzende. Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann mich nur anschließen. Das ist eine großartige Kooperation, die wir mit der Bundesregierung haben. Ich glaube, was wir im letzten Jahr gesehen haben, ist eben nicht nur ein Explodieren des humanitären Bedarfs, sondern auch eine Rolle, die die humanitäre Hilfe vielleicht so nie gehabt hat. Der Welthunger ist tatsächlich ein zentrales außenpolitisches Thema geworden und das mit gutem Recht, denn was wir gerade sehen - 349 Millionen Menschen in 79 Ländern der Erde, die akut hungrig sind - ist eben kein lokalisiertes Problem, sondern einen Flächenbrand. Sie hatten es in Ihrer Begrüßungsrede angesprochen, Frau Vorsitzende: Es ist eine giftige Mischung verschiedener Faktoren, die da zusammenkommen. Es sind die Konflikte und selbst ohne den Krieg gegen die Ukraine haben

wir heuer mehr als doppelt so viele Kriege, als wir noch vor zehn Jahren hatten. Es ist der Klimawandel, der immer deutlicher in der Ernährungssicherheit zu spüren ist – da möchte ich kurz die Klammer aufziehen – der uns noch sehr viel intensiver beschäftigen wird. Das ist in einer unsicheren Zeit eines der wenigen Dinge, die wir ganz sicher wissen, dass uns der Klimawandel große Sorgen bereiten wird. Und es sind die Folgen von Covid. Die Covid-Krise ist nicht überwunden, denn sie hat in vielen Ländern der Welt zu einer wirtschaftlichen Erschöpfung geführt, die man in enormen Inflationsraten spürt. Wir haben über 60 Länder der Welt mit Inflationsraten bei Basislebensmitteln von 15 % und mehr und wir haben wegrutschende Wechselkurse, die dazu führen, dass die ohnehin hohen Preise auf dem Weltmarkt in US-Dollar nur ein Teil der Wahrheit abbilden, denn die Länder müssen auch enorm Geld aufwenden, um überhaupt einkaufen zu können. Der Bedarf an humanitärer Zusammenarbeit wird nicht geringer werden und dass Deutschland der zweitgrößte Geber ist, ist auch ein sehr wichtiges und sehr starkes politisches Signal. Es ist ein offenes Geheimnis, dass das Welternährungsprogramm am allermeisten Geld von den Vereinigten Staaten bekommt. Aber das ist auch nur möglich durch die Führungsrolle, die Deutschland hat. Dann komme ich ganz kurz zu vier Punkten, die unsere Kernforderungen sind. Eine hängt damit zusammen, dass diese Führungsrolle der Bundesregierung auch dazu führt, mehr Geld von anderen Gebern einzuwerben. Wir haben gerade 60 Jahre Elysée-Vertrag, da ist definitiv mehr möglich mit der Republik Frankreich. Großbritannien ist sehr stark weggerutscht seit dem Brexit. Wir müssen die Last auf mehr Schultern verteilen. Die anderen Punkte entnehmen Sie bitte der schriftlichen Eingabe, und dann kann ich im Rahmen des Gesprächs darauf zurückkommen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Dr. Frick. Herr Herre, Sie haben das Wort.

SV **Roman Herre**: Herzlichen Dank auch von meiner Seite. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich würde gerne in meinem Eingangsstatement drei



Aspekte hervorheben. Der erste Aspekt aus unserer Sicht ist, dass humanitäre Hilfe ein Teil der menschenrechtlichen Verpflichtungen und auch eben der Verpflichtungen Deutschlands ist. Dies ist unter anderem im Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verankert. Dort ist auch das Menschenrecht auf Nahrung verankert. Wir waren verwundert, dass Menschenrechte im Fragenkatalog gerade dieses Ausschusses und auch in den Stellungnahmen der Sachverständigen praktisch nicht vorkamen. Wir müssen aber, denke ich, endlich weg von dem Bild der Almosenempfängerinnen und Almosenempfänger. Die Durchsetzung von Menschenrechten, sowie die Menschenrechtspflichten müssen eine zentrale Botschaft der Bundesregierung im Bereich humanitäre Hilfe sein und das sollte auch ganz prominent im Bericht, im Berichtsformat der Bundesregierung zu diesem Thema aufgenommen werden. Menschenrechtsinstrumente wie Leitlinien zum Recht auf Nahrung oder Politikempfehlungen des Welternährungsrates CFS zu anhaltenden Krisen müssen systematisch in der humanitären Hilfe umgesetzt werden. Das geschieht aber bis heute nicht, im Gegenteil wird immer wieder gegen solche Richtlinien verstoßen. So hat die USA jüngst ihre Nothilfe für Kenia instrumentalisiert, um dort ein Gentechnikverbot auszuhebeln. Mein zweiter Punkt: Humanitäre Hilfe hat es leider nicht geschafft, engere Strategien zur mittelfristigen Entwicklungsförderung mitzudenken und damit auch lokale Entwicklung anzukurbeln und nachhaltig zu wirken. Es muss deutlich mehr Energie seitens der humanitären Hilfe aufgewendet werden, die kurzfristige Nahrungsmittelhilfe beispielsweise mit mittelfristigen Strategien zur Stärkung agrarökologischer und damit eben auch widerstandsfähiger und klimafreundlicher Landwirtschaftssysteme zu verbinden und zu verzahnen. Die aktive Einbindung der lokalen Bevölkerung spielt dabei eine entscheidende Rolle. Dies wird jedoch unter dem Grand Bargain auch als eine weitere ausstehende Herausforderung benannt. Hier ist also noch viel zu tun. Mein dritter und letzter Punkt: Seit 2014 steigt die Zahl der hungernden Menschen stark an. Schon vor dem Ukraine-Krieg, und das ist wichtig zu betonen, waren laut Vereinten

Nationen unglaubliche 2,3 Milliarden Menschen moderat bis schwer von Ernährungsunsicherheit bedroht, also fast dreißig Prozent der Weltbevölkerung. Die Zahlen sind 2022 weiter gestiegen. Der Fokus auf die Auswirkung des Krieges in der Ukraine verschleiern diese langanhaltenden Negativtrends. Um Hunger effektiv zu bekämpfen, müssen wir dringend an die strukturellen Ursachen ran. Wir müssen sie benennen und ihnen entgegenwirken. Diese sind beispielsweise Armut, Diskriminierung, vielfältige Diskriminierung beispielsweise von Frauen, von KleinbäuerInnen, wachsende Ungleichheit, steigende Staatsverschuldung, wachsende Einflussnahme privater Konzerne und auch Spekulationen mit Nahrungsmitteln. Herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Lumpp, Sie haben das Wort.

Sve **Katharina Lumpp**: Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Kollegen auch ich möchte mich ganz herzlich für die Einladung zur Anhörung bedanken und auch dafür, dass in der Tat diese Diskussion um humanitäre Hilfe und um die Reform der humanitären Hilfe weiter einen wichtigen Raum einnimmt im Bundestag. Aus der Perspektive von UNHCR, als deren Vertreterin ich spreche, spielt Deutschland eine sehr zentrale Rolle im internationalen Flüchtlingsschutz, als großes Aufnahmeland, als zweitgrößter humanitärer Geber in Fluchtsituationen sowohl in Notsituationen als auch in langwierigen Krisen, sowie durch Resettlement für die Aufnahme besonders vulnerabler Flüchtlinge. Dieses Engagement verleiht den international vertretenen Ansätzen Deutschlands im Flüchtlingsschutz besondere Gewichtung und Glaubwürdigkeit im Berichtszeitraum des Vier-Jahresbericht, aber auch darüber hinaus. Daher hat Deutschland auch eine wichtige Rolle bei der Umsetzung des globalen Pakts für Flüchtlinge, der zu gerechterer und fairerer Verantwortungsteilung im internationalen Flüchtlingsschutz beitragen soll. Dazu gehören ganz wesentlich die Mittel der humanitären Hilfe für wachsende Zahlen von Flüchtlingen weltweit ebenso wie die Unterstützung von Aufnahmeländern und Aufnahmegemeinschaften



im Rahmen des Nexus. Auch im humanitären System und in der Umsetzung des Grand Bargain hat Deutschland eine sehr wichtige Rolle eingenommen und diese noch weiter ausgebaut. Mit der Fokussierung des Grand Bargain 2.0 auf die Prioritäten der hochwertigen Finanzierung sowie der Stärkung der Rolle von lokalen Akteuren und einer besseren Einbindung der Betroffenen selbst, konnten erste Ergebnisse erzielt werden, die sich allerdings in der Umsetzung noch bewähren müssen. Das angestrebte Modell zur Koordinierung von Bargeldhilfe, in der lokale Akteure auf Länderebene eine zentrale Rolle spielen, wurde erarbeitet und wird nun umgesetzt. Bei der Arbeit zu Fragen der Qualität der Finanzierung konnten Vereinbarungen zur Ausweitung mehrjähriger Finanzierung erreicht werden, die dann auch an lokale Akteure besser weitergegeben werden können. Die Kernelemente einer wirkungsvollen und effizienten Lokalisierung sind allerdings nicht nur quantitativ, sondern müssen auch verstärkt qualitativer Natur sein. Es geht zum einen darum, den Zugang lokaler Akteure zu finanziellen Mitteln zu verbessern. Aber es muss insgesamt noch sehr viel mehr darum gehen, die Partnerschaften mit lokalen Akteuren zu verstärken und diese insgesamt in die Planung und in die Umsetzung sehr viel besser einzubinden. Ein besonderes Augenmerk von UNHCR liegt in dem Zusammenhang auf Organisationen, die von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen selbst geleitet werden und wir haben dafür einen Fonds eingerichtet, mit dem kleinere Zuschüsse für diese Arbeit möglich sind. Mit Blick auf die Zukunft und angesichts der aktuellen Bedarfe bleibt aus unserer Perspektive, wie auch die Kollegen bisher dargelegt haben, das ursprüngliche Ziel des Grand Bargain, humanitäre Hilfe effektiver zu gestalten, aktueller denn je. Aus UNHCR-Sicht sollte der Fokus dabei auf der Umsetzung des bisher Vereinbarten liegen und das Augenmerk auf Bereiche gelegt werden, die anderswo nicht behandelt werden. Dazu gehören, wie auch schon erwähnt, die Fragen der hochwertigen Finanzierung, insbesondere der Stärke und Flexibilisierung und die Umsetzung des Nexus in Fluchtsituationen. Danke.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Lumpp. Frau Mosebach bitte.

SVe **Bärbel Mosebach**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Ausschussmitglieder, liebe Kollegen. Auch ich möchte mich im Namen der Welthungerhilfe für die Einladung zu dieser Anhörung bedanken. Wie wir bereits von einigen der Vorredner/-innen gehört haben, ist die humanitäre Lage in der Welt sehr herausfordernd. Wir haben die Zunahme von Hungerkrisen und Höchstbedarfe in der humanitären Hilfe. Deutschland ist als zweitgrößter humanitärer Geber in einer besonderen Verantwortung und damit trägt Deutschland eine große Verantwortung. Ich würde gerne auch einige Punkte herausstellen. Für uns ist es entscheidend, dass die Hungerkrisenressourcen abgestimmt bekämpft werden. Es bedarf einer gemeinsamen abgestimmten Planung und einer systematischen Einbeziehung und Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen wie unserer sowie von lokalen Organisationen. Auch wenn es Fortschritte in der verlässlichen mehrjährigen Finanzierung gegeben hat, so ist auch hier noch Luft nach oben. Insbesondere in den Pilotvorhaben, die programm-basierte Ansätze für die Hilfsorganisationen gefordert haben, konnte gezeigt werden, dass Flexibilität, Reaktionsfähigkeit und Planungssicherheit die humanitäre Hilfe verbessern konnten. Deutschland hat eine besondere Verantwortung für die Fortsetzung des Grand Bargains. Wir würden uns dafür aussprechen, ähnlich dem Gesagten von Herrn von Borries, dass er bis 2030 an die nachhaltigen Entwicklungsziele angepasst wird. Wir finden die Themen Lokalisierung, Partizipation und Partnerschaften auf Augenhöhe besonders wichtig. Ich hoffe, dass wir in der Fragerunde darauf nochmal weiter eingehen können. Für uns ist es aber auch wichtig, dass wir auch vorausschauende humanitäre Hilfe skalieren und ausweiten. Sie ist effizienter, effektiver, günstiger und würdevoller und die reaktive humanitäre Hilfe darf nur das letzte Mittel sein. Durch die vorausschauende humanitäre Hilfe können Verluste und Schäden minimiert und vermieden werden. Letztendlich möchten wir uns für eine ambitionierte und kohärente Klimapolitik aussprechen. Hier sollte das Prinzip der Zusätzlichkeit Geltung haben, das heißt, die Mittel zur Deckung aktueller und akuter humanitärer Bedarfe, zur Anpassung an und Bekämpfung des Klimawandels und seiner



Folgen, aber auch zur Regulierung von Verlusten und Schäden, wie das auf der letzten COP beschlossen wurde, diese unterschiedlichen Ansätze dürfen nicht gegengerechnet werden. Zum Schluss möchten wir Sie bitten, im Bundestag, in Ihren Wahlkreisen, über die Parteigrenzen hinweg, Fürsprache für die Akzeptanz der humanitären Rolle und Verantwortung Deutschlands in der weltweiten humanitären Hilfe zu leisten. Wir als Welthungerhilfe erfahren täglich und wissen, dass es in der deutschen Öffentlichkeit eine große Solidarität mit den von Krisen betroffenen Menschen gibt. Wir wissen aber auch, dass diese Solidarität ständig Angriffen durch Populismus und Falschinformationen über soziale Medien ausgesetzt ist. In diesem Sinne wünschen wir uns als Welthungerhilfe, dass Sie Ihre Einflussnahme zum Schutz und zur Steigerung der deutschen Solidarität in der humanitären Hilfe ausüben. Herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Mosebach, Frau Steinbach, Sie haben das Wort.

Sve **Erika Steinbach**: Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst ist es begrüßenswert, dass sich Deutschland daran beteiligt, die existenzielle Not von Menschen auch außerhalb unseres Landes zu lindern. Das steht ja in einer guten Tradition. Deutschland ist inzwischen zweitgrößter Geberstaat für humanitäre Hilfe und hat seit 2018 die deutschen Mittel dafür um sage und schreibe 70% auf 2,57 Milliarden Euro im Jahr 2021 gesteigert. Warum Deutschland sich dazu entschlossen hat, seinen Beitrag für die Welthungerhilfe so exorbitant zu erhöhen, erschließt sich aus dem vorliegenden Bericht nicht unbedingt. Als Wirtschaftsmacht sind wir inzwischen auf den vierten Platz zurückgefallen und liegen im Bruttoinlandsprodukt hinter den USA, China und Indien. Wobei Indien erstaunlicherweise von Deutschland zwischen 2020-2025 insgesamt ca. eine Milliarde Euro Entwicklungshilfe erhält, da ist die humanitäre Hilfe noch nicht eingerechnet. Was auch erstaunt, sind die zusätzlichen Mittel für die UNRWA. Ich finde, es ist für Deutschlands Sicherheitsverantwortung gegenüber Israel kontraproduktiv, dass die Bundesregierung die

Zahlungsausfälle der USA an die UNRWA zur Unterstützung der Palästinenser freiwillig übernommen hat. Zumal die UNRWA im Gazastreifen mit der israelfeindlichen Hamas praktisch identisch ist. In diesem Bericht werden Kriegs- und Klimafolgen als Hauptursachen von Hunger und Not verantwortlich gemacht. Ausgeblendet wird der weiße Elefant, der deutlich sichtbar im Raume steht: Das rasante Bevölkerungswachstum in nahezu allen Ländern, die von Hungersnot betroffen sind. Der Afrikaner Volker Seitz hat deutlich gemacht, dass nur eine Einschränkung des Bevölkerungswachstums die Zunahme des Hungers verhindern kann. Dabei stellte er fest: „Die wichtigste Ursache für Hunger wird nie genannt. Der Klimawandel und die Ukraine-Krise sind schlichtweg zweitrangig gegenüber dem Wachstum der Bevölkerung“. Und sein Befund zu Afrika trifft letztlich auf alle Hunger-Regionen der Erde zu. Um die verfügbaren Mittel für die humanitäre Hilfe wirkungsvoller einsetzen zu können, engagiert sich Deutschland im Grand Bargain. Nach dieser Übereinkunft der wichtigsten Geberstaaten soll mit strukturellen Veränderungen die Schwerfälligkeit und das deutsche eigentliche Eigeninteresse großer Nichtregierungsorganisationen behoben werden. Dieses Ziel ist nach Urteil unterschiedlichster Fachleute noch immer leider nicht erreicht. Ja mehr noch: Viele sehen in der Arbeit der Nichtregierungsorganisation ein sehr undurchschaubares Interessenkartell, das nicht immer den Zielen dienlich ist. Und seitens der Welthungerhilfe wurde 2021 zum Grand Bargain das ernüchternde Fazit gezogen: zu wenig, zu langsam, zu wenig konsolidiert. Danke.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Steinbach. Herr Südhoff, bitte.

SV **Ralf Südhoff**: Vielen Dank auch von uns für die Einladung. Frau Vorsitzende, liebe Abgeordnete, liebe Gäste. Wir wollen versuchen in 180 Sekunden sechs Kernthesen aus der Stellungnahme mit Ihnen zu teilen. Erstens: Die Entwicklung kaum eines Akteurs ist in der internationalen Hilfe so mit Spannung und auch Erwartungen und Bewunderung verfolgt worden in letzten Jahren, wie die von Deutschland.



Zweitens: Parallel zu Deutschlands Aufstieg sehen wir ein internationales humanitäres System, was schon schwelend überfordert war zuvor, in dem jetzt aber mit der Pandemie und dem Krieg in der Ukraine endgültig diese Überforderung eskaliert ist und was überfällige Reformen nötig macht. Drittens: Aus unserer Sicht haben sich die Erwartungen an Deutschland und auch Berlins Möglichkeiten durch diese Entwicklung zugleich sehr verstärkt. Dies gilt unter anderem für die Chance in Deutschland eine Vorreiterrolle zu spielen, als ein werteorientierter Geber und als ein Reformmotor in einer humanitären Hilfe, die nicht flexibel genug ist, die zu schwerfällig und zu bürokratisch ist und vor allem lokale Hilfe vor Ort ignoriert und vielfach dominiert, obwohl sie deutlich bessere günstigere und oft würdevollere Hilfe leisten könnte. Viertens: Aus diesen Trends ergibt sich aus unserer Sicht eine große Erwartung an Deutschland, nicht nur ein bedeutender Payer, sondern auch ein großer Player in der humanitären Hilfe zu sein. Wir haben hierzu vor kurzem eine Analyse vorgelegt, ob diese Erwartungen erfüllt werden. Zwei Ergebnisse möchte ich schnell mit Ihnen teilen. Erstens: Deutschland wird tatsächlich als ein sehr prinzipienorientierter Geber wahrgenommen, der werteorientiert die meiste Hilfe tatsächlich dort leistet, wo die Not am größten ist. Zweitens: Gerade aus dieser Glaubwürdigkeit ergeben sich große Hoffnungen und Erwartungen, dass Deutschland auch als Player und Reformmotor eine sehr einflussreiche Rolle spielen könnte. Diese Erwartung sehen wir bisher als bedingt nur erfüllt an. Fünftens: Woran zeigt sich das? Einerseits hat sich Deutschland auch als Player weiterentwickelt. Als ein positives Beispiel würden wir die vorausschauende, antizipative Hilfe unterstreichen wollen. Andererseits zeigen sich die Defizite Deutschlands teilweise aus unserer Sicht in zentralen Themen, die Sie auch in Ihren Fragen aufgeworfen haben, beispielsweise in seiner internationalen Rolle. Nehmen Sie als Beispiel den Grand Bargain als größtes, von uns auch sehr befürwortetes, Reformprojekt, wo Deutschland eine größere Rolle als früher spielt, aber immer noch sehr als Moderator und weniger als Motor angesehen wird. Zweitens zeigt sich dies aber auch in seiner nationalen Politik. Nehmen Sie hier als Beispiel die zentralen Reformthemen: Eine flexiblere Hilfe,

bei der Deutschland beispielsweise deutlich mehr flexible Programmförderungen nutzen könnte, die regional eingesetzt werden können, statt sehr kleinteiliger, zweckgebundener Projektförderungen. Oder auch bei der Lokalisierung der Hilfe, bei der Deutschland aus unserer Sicht an deutsche und auch internationale Organisationen deutlich mehr Anreize und auch klare Fördervorgaben machen könnte und auf echte Partnerschaften zu setzen, wo immer dies möglich ist. Die letzte These in 24 Sekunden: Die Schwächen der deutschen Politik sind aus unserer Sicht natürlich mit vielen Ursachen verbunden, wir sehen aber eine zentrale Ursache. Kein Topgeber der Welt managt seine humanitäre Hilfe mit so wenig Personal, wie das deutsche Auswärtige Amt. 0,6% des Personals des Auswärtigen Amtes verwalten 40% seines Budgets. 75 hochengagierte Mitarbeitende im Auswärtigen Amt sind für die komplexesten Krisen dieser Welt zuständig. Das sind weniger Mitarbeitende, als in jeder durchschnittlichen deutschen Baumarkt-Filiale tätig sind. Das ist ein Defizit, welches international gesehen und stark bemängelt wird und worüber ich sehr gerne später mit Ihnen noch diskutieren würde.

**Die Vorsitzende:** Danke, Herr Südhoff. Herr Westphal bitteschön, Sie haben das Wort.

**SV Florian Westphal:** Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, auch von mir einen ganz großen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung und zu dem Austausch und damit verbunden auch ein Dank an das Auswärtige Amt für den andauernden und immer wieder stattfindenden Austausch und Dialog. Als größte unabhängige Kinderrechtsorganisation weltweit ist Save the Children e.V. in vielen humanitären Notlagen tätig. Dabei beobachten wir momentan eine wirkliche globale Kinderrechtskrise. Gut die Hälfte der von humanitären Notlagen betroffenen Menschen sind Kinder. Aber trotzdem werden sie in der humanitären Hilfe nicht ausreichend berücksichtigt und leider erwähnt auch der hier vorliegende Bericht Kinder nur am Rande. Das sollte sich ändern. Denn Kinder in den Mittelpunkt der Hilfe zu stellen, bedeutet nicht nur, dem humanitären Prinzip der



Bedarfsorientierung gerecht zu werden, sondern auch die Bewältigung von Krisen nachhaltig anzugehen. Denn Kinder können die Hilfe von außen wirklich nutzen, um eine bessere Zukunft für ihre Gesellschaften mitzugestalten. Leider kommt auch Bildung in der deutschen humanitären Hilfe nicht vor und das obwohl vor allem in verschleppten Krisen der Mangel an Bildung bedeutet, dass Millionen Kindern die Chance auf eine bessere Zukunft erschwert wird. Hier wünschen wir uns ein Umdenken und schlagen vor, dass mindestens 10% des humanitären Budgets für Bildungsprojekte reserviert wird. Das entspräche dann übrigens der Europäischen Union. Ich möchte auch kurz auf die Lokalisierung der humanitären Hilfe eingehen. Diese wird natürlich unsere Arbeit maßgeblich verändern. Wir wollen mehr Platz für unsere lokalen Partner schaffen, damit diese in eigener Regie Kindern in humanitären Notlagen helfen können. Um sie dabei zu unterstützen, werden wir zunehmend eine Rolle als Intermediär oder Mittler einnehmen. Die Bundesregierung kann die Lokalisierung der Hilfe starten, indem sie mehr Mittel direkt an lokale Akteure vergibt. Gleichzeitig sollte die Bundesregierung diese wichtige Mittlerrolle von Organisationen wie Save the Children e.V. finanziell unterstützen. Noch eine Bemerkung zur Mittelvergabe des Auswärtigen Amts: Wir begrüßen den Ansatz, verstärkt große länderübergreifende Projekte sowie Sozialvorhaben und programmebasierte Maßnahmen zu fördern. Dieser Ansatz bedeutet auch, dass Nichtregierungsorganisationen beträchtliche Mittel aufwenden müssen, um den zusätzlichen Koordinationsaufwand zu erbringen und um eine hohe Umsetzungsqualität zu gewährleisten. Allerdings werden diese Mehrkosten momentan leider nicht ausreichend vom Auswärtigen Amt gedeckt. Grundsätzlich ist die humanitäre Hilfe Deutschlands auf einem guten Weg. In Anbetracht der stetig wachsenden Bedarfe muss sie auch in Zukunft ausreichend finanziert werden. Eine Kürzung der humanitären Mittel im nächsten Jahr wäre ein fatales Signal, denn Millionen Kinder weltweit werden auch weiterhin auf die Hilfe aus Deutschland angewiesen sein. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Diskussion.

Die **Vorsitzende**: Ich danke Ihnen, Herr Westphal. Wir steigen jetzt in die Fragerunde ein, das Wort hat Herr Droßmann.

Abg. **Falko Droßmann** (SPD): Frau Vorsitzende, liebe Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Namen der SPD-Fraktion, ganz herzlichen Dank für Ihre Gutachten, liebe Gutachterinnen und Gutachter, die mitunter von ganz enormer Qualität sind, das muss ich deutlich sagen. Meinen Dank auch an die Bundesregierung für diesen Bericht. Wir haben gerade eben gehört, dass an diesem Bericht viel zu verbessern ist, aber es ist der beste Bericht, der jemals vorlag. Luft nach oben ist immer und ich bin mir sehr sicher, dass die Bundesregierung die Anmerkungen, die sie gemacht haben, auch aufnehmen wird. Wir werden sie zumindest dazu ermutigen. Erlauben Sie, dass ich keine generelle Aussage über jeweils die einzelnen Gutachten treffe, die wir hier vorliegen haben, sondern konkrete Rückfragen habe. Meine erste Rückfrage geht an Frau Mosebach. Sie haben auf Seite fünf Ihres Gutachtens sehr breit dargestellt, wie die Situation der Finanzmittel ist und wie die Finanzflüsse anders geregelt werden müssen, auch was den Verwaltungsaufwand und ähnliches angeht. Herr Westphal hat darauf auch noch mal Bezug genommen. Meine Frage ist, ob Sie noch einmal zusammenfassend sagen können, was aus Ihrer Sicht die wichtigsten Schritte sind, um lokale Akteure und Stakeholder besser in den Diskurs mit einzubinden und konkret, was unsere Hausaufgaben sind, die wir tun müssen. Die zweite Frage geht an Herrn Westphal. Sie haben in Ihrem Gutachten auf Seite drei die Situation der Kinder und vor allem der Straftaten gegen Kinder beschrieben. Können Sie vielleicht noch einmal zusammenfassen, was aus Ihrer Sicht die Rahmenbedingungen sind, mit denen wir die Verfolgung und Bestrafung von Menschenrechtsverletzungen an Kindern verbessern können. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Frau Mosebach.

Sve **Bärbel Mosebach**: Herzlichen Dank. Was die Frage der besseren Einbindung von lokalen Organisationen angeht, auch unter dem Stichwort



Lokalisierung, gibt es aus unserer Sicht eine ganze Reihe von Dingen, die da getan werden können. Ich würde Frau Lumpp allerdings auch recht geben, dass es im Moment aus unserer Wahrnehmung alles sehr quantitativ betrachtet wird, also wie viel Prozent der Mittel sind an lokale Organisationen gegangen und das greift aus unserer Sicht zu kurz. Aus unserer Sicht sind drei Punkte wichtig für die Einbeziehung von lokalen Organisationen: zum einen das Thema Anerkennung, zum zweiten das Thema Mittel und drittens das Thema Mitbestimmung. Aus unserer Sicht müssen wir die von Krisen betroffenen Menschen in den Mittelpunkt stellen und nicht die lokalen Akteure an und für sich. Auch die lokalen Akteure sind aus unserer Sicht Intermediäre, weil sie letztendlich auch nur eine Rolle spielen im Sinne der Unterstützung von lokalen Gemeinschaften, die von Krisen betroffen sind. Wir haben derzeit ein Programm, finanziert vom Auswärtigen Amt, unter dem Namen ToGETHER im ConSozial-Programm, wo wir in acht Ländern 40 lokale Organisationen eingebunden haben und unterstützen. Um dies zu tun, bedarf es zum einen des Ausbaus der Fähigkeiten der lokalen Partnerorganisationen, wie die humanitäre Hilfe koordiniert und organisiert wird, wie man sich in Koordinationsmechanismen einbringen kann. Das heißt, der Kapazitätsaufbau spielt eine große Rolle und damit einhergehend auch die Möglichkeit, strukturell lokale Organisationen zu unterstützen, indem sie auch entsprechende Verwaltungskosten bekommen, um ihre Strukturen auch gewährleisten zu können. Für uns ist es allerdings auch wichtig, Herr Westphal sagte es auch, dass wir als Hilfsorganisation als Welthungerhilfe natürlich eine intermediäre Organisation sind und wir sehr stark, was lokale Akteure angeht, auf Komplementarität und Subsidiarität setzen. Das heißt, wir schauen, dass wir uns zunehmend aus der direkten humanitären Hilfe zurücknehmen, aber dafür eben die lokale Organisation und Zivilgesellschaft stärken. Dafür sind natürlich Mittel notwendig. In unserem ConSozial-Programm ist es uns gelungen, kleinere Beiträge tatsächlich direkt den lokalen Organisationen zur Verfügung zu stellen. Wo diese Mittel, wie eingesetzt werden, entscheiden nicht wir, sondern die lokale Organisation, was durchaus ein großer Schritt ist und für uns auch einen Schritt in

Richtung Augenhöhe. Zusätzlich braucht es aber auch noch Verbesserungen im Rahmen der humanitären Länderfonds, der sogenannten Country-Based Pooled Funds, die zwar auch lokalen Organisationen zur Verfügung stehen, aber der Zugang gerade für lokale Organisationen nach wie vor in vielen Ländern schwierig ist. Leichter wird es in Ländern wie Somalia oder Syrien, wo vielleicht internationale Organisationen aufgrund der Sicherheitslage nicht tätig sind. Das ist eine interessante Beobachtung. Und dann geht es darum, lokale Organisationen in humanitäre Entscheidungsgremien einzubinden, in Koordinationsgremien. Wir haben eine Reihe von Koordinationsgremien vor Ort. Dort müssten Leitungsfunktionen mit lokalen Playern besetzt werden. Das bedeutet auf der anderen Seite aber auch einen enormen Arbeitsaufwand für die Beteiligten und Ressourcenbindung, die auch nicht zur Verfügung stehen. Also die Frage neben der humanitären Hilfe, wie und was braucht es um lokale Organisationen zu unterstützen, geht deutlich weiter als nur Mittel für humanitäre Maßnahmen weiterzuleiten. Vielen Dank.

**SV Florian Westphal:** Vielen Dank für Ihre Frage. Die spricht ein ganz großes und sehr relevantes Problem an. Wir gehen davon aus, dass 2021 230 Millionen Kinder weltweit in unmittelbarer Nähe zu akuten Konflikten gelebt haben und wir alle sehen in Konflikten heutzutage, was konkret für Rechtsverstöße und Verbrechen gegen Kinder begangen werden in bewaffneten Konflikten, und dass leider nach wie vor die Tatsache gilt, dass so gut wie alle dieser Verbrechen ungeahndet bleiben und leider natürlich in vielen Fällen auch die Opfer dieser Verbrechen ohne Hilfe bleiben. Wir haben das deswegen sehr begrüßt, dass die Bundesregierung im Koalitionsvertrag auch noch mal darauf hingewiesen hat, dass sie die Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen auch in Konflikten weltweit beenden möchte und sich dafür einsetzen möchte. Wir hatten unter anderem mit Frau Amtsberg dazu auch wirklich schon sehr ergiebige Austauschmöglichkeiten. Ich möchte hier drei spezifische Punkte erwähnen, die man gerade was Kinder und Jugendliche betrifft in Betracht ziehen sollte. Ich glaube, der erste ist ein tatsächlich relativ genereller, aber wichtiger Punkt. Es geht weiterhin darum, politische



Aufmerksamkeit zu wecken in Deutschland, aber natürlich auch in den internationalen Gremien und Foren, wo Deutschland vertreten ist. Das heißt, Verbrechen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, gegen die Menschenrechte in bewaffneten Konflikten, auch offen anzusprechen. Ich glaube, es ist wichtig, es auch dann anzusprechen, wenn das politisch schmerzhaft ist. Ich begrüße es sehr, dass diese Thematik im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ukraine wiederholt angesprochen wurde. Ich würde mir die gleiche Aufmerksamkeit, gerade was Kinder und Jugendliche betrifft, auch für andere Konflikte wünschen. Der zweite Punkt betrifft letztendlich die Instanzen und Mechanismen, die es ja auch vor allem international gibt, die Verstöße und Verbrechen gegen Kinder letztendlich ermitteln und sie womöglich zur Anklage bringen sollen. Hier haben wir sehr intensiv gearbeitet, zum Beispiel mit dem internationalen Strafgerichtshof, aber auch mit verschiedenen Sonderermittlern und Gesandten der Vereinten Nationen um sicherzustellen, dass die Stimme von Kindern wirklich gehört wird. Es ist nicht so leicht, Kinder als Zeugen in solch ein Verfahren mit einzubeziehen, es ist aber auch nicht unmöglich. Das braucht spezifische Umstände, eine spezifische Betreuung, eine Expertise und wiederum den Willen, das zu tun. Ich glaube, es hat lange eine Tendenz gegeben davor etwas zurückzusehen, weil es eben tatsächlich schwierig ist und weil es auch unmittelbar Fälle von Kinderrechtsverstößen gibt, wie beispielsweise die Zwangsrekrutierung von Kindern, bei der Kinder Opfer sind, die aber auch womöglich extreme Gewalttaten begangen haben. Das sind schwierige Umstände, aber wir versuchen mit unserer Expertise dazu beizutragen, dass Kinder sozusagen auch als Zeugen mehr gehört werden können. Der dritte Punkt, den ich gerne machen würde, betrifft natürlich vor allem die Fürsorge für Kinder und Jugendliche, die Opfer von Verbrechen werden, die Opfer von Rechtsverstößen werden. Ich glaube hier ist es extrem wichtig, dass letztendlich nicht nur die materiellen Folgen mit abgedeckt werden, sondern dass wir zunehmend auch die psychischen Folgen mit im Blick haben. Das kennen wir auch aus der deutschen Geschichte. Wenn Kinder und Jugendliche Verbrechen erleben

müssen oder sogar Opfer von Verbrechen, werden sie darunter letztendlich ein Leben lang leiden und werden ein Leben lang damit leben müssen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir versuchen gerade auch den Bereich Mental Health zu beachten und diese Aktivitäten gerade für diese Kinder dazu beitragen, sie darauf so gut es geht vorzubereiten, sodass sie mit dem traumatisch Erlebten weiterleben können.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Altenkamp bitte.

Abg. **Norbert Altenkamp** (CDU/CSU): Vielen Dank. Zunächst Herr Kollege Droßmann, das geht runter wie Öl. Wenn das der beste Bericht ist, der jemals vorgelegt wurde, der den Zeitraum 2018 bis 2021 beschreibt, in welchem wir gemeinsam Verantwortung getragen haben. Generell geht aus dem Bericht auch hervor, was in den letzten 10 Jahren, insbesondere seit 2015 für ein Mittelaufwuchs vorhanden war. Umso mehr muss den NGOs ein Schrecken in die Glieder gefahren sein, als der erste Haushaltsentwurf 2023 auf dem Tisch lag. Gott sei Dank konnte im Rahmen der Haushaltsplanberatung, aber ich unterstelle hier den Willen aller Beteiligten am Tisch, das Schlimmste verhütet werden. Ganz im Gegenteil, es gab nicht eine halbe Milliarde Kürzung, sondern noch einen Mittelaufwuchs. Insofern glaube ich, geht das dann auch mit den noch besseren Berichten in der Zukunft erst einmal in die richtige Richtung. Gleichwohl, man versucht Gutes zu tun und stellt trotzdem fest, irgendwie wird die Welt nicht so richtig besser, deswegen nur zwei Fragen. Eine Frage an Herrn Dr. Frick. Sie sprachen über die Führungsrolle Deutschlands, welche schön ist, wenn man ein humanitärer Riese ist, aber alle anderen nicht mitmachen. Deswegen würde ich mir von Ihnen noch mal pointiert wünschen: Wie können wir das Bewusstsein anderer Geberländer entsprechend fördern und pushen, also vom Moderator zum Motor werden, wie von Herrn Südhoff gesagt? Die zweite Frage geht an Katharina Lumpp. Ein wesentlicher Teil unserer humanitären Hilfe ist im Nahen Osten - Syrien und den umliegenden Staaten – gebunden. Da ist der eindeutige Schwerpunkt, zumindest mathematisch. Trotzdem stellen wir fest, dass das





was eigentlich auch gewünscht ist, dass man die Menschen nicht zur Flucht motivieren möchte, sondern ihnen noch eine Perspektive vor Ort geben möchte. Was machen wir denn möglicherweise falsch? Sind wir da auf irgendeinem Auge blind? Denn an mangelnden Mitteln scheint es mittlerweile dort erstmal nicht mehr zu liegen.

Die **Vorsitzende**: Herr Dr. Frick, bitte.

SV Dr. **Martin Frick**: Vielen Dank. Ich hatte die Führungsrolle Deutschlands zunächst einmal im Zusammenhang mit den Vereinigten Staaten angesprochen. Da ist es enorm wichtig, dass die Amerikaner nicht das Gefühl haben, allein auf weiter Flur zu stehen. Tatsächlich gibt es aber viele Möglichkeiten, wo Deutschland das Engagement für die humanitäre Hilfe auch umsetzen kann, in Forderungen für andere mitzumachen, selbstverständlich im Rahmen der Europäischen Union. Wir haben die Finanzierung von ECHO, aber wir können natürlich viel mehr machen, vor allem im Zusammenhang mit unserer Changing Lives Agenda. Also mit dem, wo wir nicht unmittelbare humanitäre Hilfe leisten, sondern Resilienz herstellen: Resilienz gegen politische Schocks, aber auch gegen Klimaschocks. Da kann die Europäische Union mehr tun. Ich will dazu sagen, ich bin auch zuständig für Österreich. Wir haben jetzt in Österreich einen großen Anwachs der humanitären Mittel gesehen, aber auch kleine Länder wie Slowenien haben diese Notwendigkeit erkannt. Ich will das nur anekdotisch sagen: in Slowenien in drei Jahren von 85.000 Euro auf 1,4 Millionen Euro. Das ist viel Geld für ein zwei Millionen Land. Also dieses Bewusstsein kann da sein. Was ich kurz noch betonen will, ist die GAFS, die Global Alliance for Food Security, die im letzten Jahr aus der Taufe gehoben worden ist durch die gemeinsamen Bemühungen des Auswärtigen Amtes, des BMZ und des Landwirtschaftsministeriums. Und auch das hilft natürlich, diesen zentralen Punkt. Ernährungssicherheit eben nicht als Nischenthema, sondern als kernaußenpolitisches Thema zu platzieren. Ich hoffe und ich sehe das aber auch, dass sich Deutschland mit diplomatischen Bemühungen bspw. in New York,

im Menschenrechtsrat in Genf, auch für das Thema Ernährungssicherheit einsetzt und andere dazu ermutigt, mehr humanitäre Hilfe zu leisten. Es ist tatsächlich so: Wir bekommen Finanzierung von über 100 Staaten der Welt, aber zwei Drittel unserer Finanzierung liegt nach wie vor in den Händen von drei Quellen. Das wäre sicher gesünder, wenn sich das verbreitern würde.

Die **Vorsitzende**: Frau Lumpp bitte.

SVe **Katharina Lumpp**: Danke für die Frage, die genau in die Richtung zielt, welche der globale Pakt für Flüchtlinge erreichen will. Dieser hat als Zielsetzung: Aufnahmeländer und Aufnahmegemeinschaften zu unterstützen und die Selbstständigkeit und Inklusion von Flüchtlingen in Aufnahmeländern zu fördern. Was die Syrien-Situation anbelangt: Es ist nach wie vor die zweitgrößte Fluchtsituation weltweit. Natürlich hat der Weg zur Selbstständigkeit von Flüchtlingen sowohl unter den Jahren der Pandemie als auch durch die Effekte des Ukraine-Krieges gelitten. Die massive Erhöhung von Lebensmittelpreisen und der Verlust von Einkommen und auch Einkommensmöglichkeiten, der dazu geführt hat, dass viele Flüchtlinge, die bereits eingebunden waren, die sich auch wirtschaftlich selbst versorgen konnten, zurückgeworfen wurden und ihre Bedarfe nicht mehr decken konnten. Der zweite Aspekt: Die Situation in den Aufnahmeländern zeigt, wie wichtig es ist, dass man Aufnahmegemeinschaften bei der Flüchtlingsaufnahme unterstützen muss und deren nationale Systeme längerfristig und über die humanitäre Hilfe hinaus investiert. Dafür ist in der Syrien-Situation, insbesondere in der Türkei, ein rechtlicher Rahmen gegeben, in den anderen Aufnahmeländern syrischer Flüchtlinge allerdings nicht. Das heißt, dort ist Inklusion und die Einbindung in nationale Systeme sehr stark davon abhängig, wie sehr es möglich ist, diese Länder zu unterstützen, um die Bedarfe nicht nur der eigenen Bevölkerung, sondern auch der Flüchtlinge durch das öffentliche Gesundheitssystem, das Bildungssystem und auch in der sozialen Sicherung decken zu können.



Die **Vorsitzende**: Herr Mijatović, bitte.

Abg. **Boris Mijatović** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Westphal, erlauben Sie mir eine Anmerkung. Ich teile vieles, was Sie gesagt haben, was unsere Aufmerksamkeit in der humanitären Hilfe für Kinder angeht. Meine Kollegin Beate Walter-Rosenheimer ist dabei sicher stark involviert, weil Luise Amtsberg gerade von einer Reise aus Charkiw zurückgekommen und das Thema Deportation angesprochen hat. Wir haben mehrere zehntausende Kinder, die von Russen deportiert wurden und welche in Russland zur Adoption freigegeben wurden. Wir haben ein großes Augenmerk auf dieses Thema, nur dass dieser Eindruck nicht haften bleibt und gerade auch der Victims Trust. Sie haben es selber angesprochen: Kindersoldaten, wo wir in der Nebenklage erstmalig Kindern sozusagen Reparationen zukommen lassen. Es ist in der Republik Kongo mit Herrn Thomas Lubanga nur der erste Fall, wo dies stattfindet. Diese zwei Anmerkungen konnte ich mir nicht verkneifen. Meine Fragen gehen an Herrn Südhoff und Herrn von Borries. Herr von Borries, in Ihrem Gutachten sprechen Sie an, dass Deutschland in Sachen Transparenz bei Agent Transparency nur eine Bewertung poor bekommen hat. Ich würde Sie bitten, das doch kurz zu erläutern und uns vielleicht auch in die Perspektive hinein, Hinweise zu geben, wie wir den besten Bericht das nächste Mal dann noch besser machen können, das würde mich sehr interessieren. Auch das erklärte Ziel der Bundesregierung, lokale Akteure zu stärken in diesem Kontext und institutionelle Stärkung vor Ort vorzunehmen. Das wären meine Fragen an Sie. Herr Südhoff, danke, in drei Minuten das so intensiv unterzubringen, finde ich eine herausragende Leistung. In einer Baumarkt-Werbung sagte Patrick Esume, es sei eine Teamleistung. Deswegen meine Frage: Mit dem Team, was wir haben, Sie loben die Arbeit Deutschlands an dieser Stelle, wie können wir es sozusagen schaffen, antizipativ noch würdevoller noch stärker aufzutreten? Die zweite Frage richtet sich noch einmal auf den Fragenkatalog, den Policy Beitrag und auf das, was die Bundesrepublik Deutschland dort noch nicht ausgeschöpft hat. Könnten Sie dies bitte näher

erläutern? Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Herr von Borries, bitte.

SV **Bodo von Borries**: Vielen Dank für die Frage. Wie wir den Bericht noch besser machen können: Dieses Ranking ist das erste Mal auch für den humanitären Teil der Bundesregierung erstellt worden und der misst alle zwei Jahre nach bestimmten Kriterien die Qualität der Daten. Das ist ein sehr umfangreicher Kriterienkatalog. Unter anderem sollen die Daten zeitnah in einem Stück als Übersicht zur Verfügung gestellt werden. Sie sollen eine eigene Bewertung erlauben und auch vorausschauend sein. Da ist der Bericht der Bundesregierung zum Teil, da er alle 4 Jahre mit der Erstellungszeit herauskommt, zumindest aus unserer Sicht nicht mehr aktuell. Er setzt Schwerpunkte, aber bei bestimmten Reformthemen, die hier auch schon in der Diskussion waren, also die Finanzierungsformen, die Flexibilität der Finanzierung, die Lokalisierung, ist relativ wenig in dem Bericht enthalten. Zu den anderen Schwerpunkten der Bundesregierung und des Auswärtigen Amtes ist sehr wohl etwas enthalten, zum Beispiel zu der vorausschauenden humanitären Hilfe. Es ist aber auch kein Ausblick. Es gibt schon Informationen zu der geplanten humanitären Hilfe, die ist aber für unmittelbare humanitäre Akteure teilweise über den Koordinierungsausschuss zugänglich, aber auch da nur begrenzt. Es reicht nicht, eine öffentliche Diskussion dazu zu führen. Deswegen aus unserer Sicht der Vorschlag, einen Bericht im anderen Format jährlich zu machen. Dadurch könnte man auch Schwerpunkte setzen, in die Tiefe gehen und hoffentlich das auch nutzen, um mit Instituten, Nichtregierungsorganisationen und vor allen Dingen mit dem Parlament zu diskutieren.

Die **Vorsitzende**: Herr Südhoff.

SV **Ralf Südhoff**: Vielen Dank für die Fragen. Mir wurden von Herrn von Borries zwei Minuten dazu geschenkt, aber ich werde versuchen, sie nicht zu nutzen. Die Frage nach einer Teamleistung und dem Personal ist aus unserer Sicht tatsächlich, so administrativ sie klingt, eine zentrale, einfach,



weil das Missverhältnis aus den Ressourcen, die vorhanden sind, so krass unterschiedlich ist zu anderen Geberregierungen, die auch durchaus vergleichbar sind. Wir haben eine Analyse in unserer Stellungnahme auf Seite 13 geteilt. Man kann natürlich humanitäre Hilfe auch in größeren Summen, in großen Volumina, mit wenig Personal, leisten. A) Sie haben dann natürlich gerade, wenn erst Ende des Jahres in einem Budgetprozess große Summen bewilligt werden, der in der Tat aus unserer Sicht ein positives Ergebnis am Ende hatte, aber sehr unglücklich gelaufen ist, dann werden Sie immer die Not haben, dass Sie sehr große Organisationen und mit sehr großen Summen einfach nur nach dem Kriterium der Absorptionsfähigkeit fördern müssen und gar nicht mehr zeitlich die Möglichkeit haben, zu entscheiden, wer für welche Krise im Moment eigentlich der beste Akteur ist. Von Haus aus habe ich wahrlich nichts gegen die Vereinten Nationen und sehr gute Erfahrungen gemacht, aber die Entscheidungskriterien sind natürlich dann nicht mehr diejenigen, wen wollen wir in welcher Krise eigentlich am dringendsten fördern. Das ist aus unserer Sicht problematisch. Wenn man sich das Thema Personal anguckt, dann investieren Länder, wie Schweden, die USA, wie die Europäische Kommission, zwischen sechsmal, zehnmal und vierzehnmal mehr in Personal. Sie haben eben auch eine Struktur, bei der vielfach dieses Personal in den Botschaften vor Ort, in den humanitären Krisen, tätig ist und mit ganz viel Expertise und Know-how, die humanitäre Hilfe dann auch in der Zentrale unterstützen kann. Deswegen ist das aus unserer Sicht etwas, wo man die Hilfe und die Mittel, die vorhanden sind, teils auch anders priorisieren muss, um dann tatsächlich diese gestaltende Rolle, den Anspruch, den man hat, und die auch international erwartet wird, einzunehmen. Es gibt durchaus Themenfelder, wo es vielleicht eher Ängste gibt, wenn Deutschland eine größere, dominantere Rolle spielen würde. In diesem Bereich ist es nachweislich nicht so, aus dem globalen Süden wie auch aus den Hauptstädten. Wir haben Interviews in New York, in Genf, in den europäischen Hauptstädten geführt. Da gibt es die klare Hoffnung, dass Deutschland sich mehr engagieren würde, gerade weil es vielfach als werte- und prinzipienorientierter Geber

wahrgenommen wird. Was könnte das konkret heißen? Sie hatten das Stichwort Lokalisierung beispielsweise schon genannt. Deutschland wird sehr geschätzt dafür, dass es jetzt, wie teils ja auch schon ausgeführt, z.B. in dem Grand Bargain, in diesem wichtigsten Gremium ist, in der Facilitation Group, die das managed, Zeit und Ressourcen investiert und dort eine wichtige Moderationsrolle einnimmt. Aber es gibt dann diese inhaltlichen Ausschüsse des Grand Bargains, die prioritär die Hilfe flexibler, schneller und lokaler machen sollen. Da hat Deutschland unter anderem mit dem Hinweis darauf, dass es eben begrenzte personelle Ressourcen gibt, sich nur sehr begrenzt engagiert. Dass das in letzter Zeit zunehmend ein bisschen korrigiert wurde, gibt große Hoffnung, dass Deutschland das noch mehr tun könne, und dann auch sein politisches Gewicht tatsächlich in diese Themen und in diese Verhandlung auch mit den großen anderen Topgebern, die da nicht unbedingt immer offen sind für Reformen, einlegt - um die Hilfe lokaler zu machen, um Bürokratie abzubauen, um eine massive Zweckbindung, die mal in der Tat ein schwerwiegender Trend ist, zu vermeiden. Katharina Lumppp hat drauf hingewiesen, dass trotz der Grand Bargain-Versprechen gerade die großen Geber, außer Deutschland, eher unflexibler werden, eher noch genauer sagen, in welche Bereiche es gehen muss und noch mehr Mikromanagement machen, was nicht effektiv und nicht hilfreich ist. Deswegen kann Deutschland aus unserer Sicht da noch mehr tun. Es gibt gewisse Hoffnungen. Ich glaube, es wäre mit ein paar Stellschrauben durchaus möglich, wenn die Leitungen, wobei es auch schon große Hoffnung an die neue Leitung des Hauses im Auswärtigen Amt gab, sich dieses Problems annehmen würden. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Herr Braun, bitte.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Die humanitäre Hilfe ist ein wesentliches Element, kann zumindest ein wesentliches Element sein, um auch schwere Krisen in Europa zu verhindern. Wir kennen alle den Fall, dass 2014 vergleichsweise wenig Geld rund um Syrien fehlte, beim Welternährungsprogramm. Es wurde mehrfach



gewarnt, dennoch wurden diese Summen nicht aufgebracht und dann haben wir diese illegale Migration 2015/16 insbesondere nach Deutschland, aber auch in andere Länder gehabt. Insofern sind wir immer, grundsätzlich seit Anbeginn als AfD, für die humanitäre Hilfe als wesentliches Mittel eingetreten, um die Menschen dort zu halten, dort leben zu lassen, wo sie heimisch sind oder in unmittelbarer Nähe der Heimat. Meine Frage an Frau Steinbach ist: Sie haben das Bevölkerungswachstum als wesentlichen Faktor benannt. Warum will die deutsche Politik über dieses Thema Bevölkerungswachstum nicht sprechen? Warum ist es quasi nur ein Elefant im Raum, der nicht erwähnt wird? Will man den Regierungen in den betreffenden Ländern nicht unbequem auf den Leib rücken? Denn es ist so, dass die Politik dieser Länder - wir tun immer ein bisschen so, als ob die nichts dafür können, aber die Regierungen haben Jahrzehnte Zeit, sich dazu entsprechend zu verhalten. Was müsste geschehen, um von deutscher Seite gerade auch in Bezug auf verschiedene Staaten in Afrika, dort ein Umdenken herbeizuführen?

**Sve Erika Steinbach:** Vielen Dank, das ist wohl ein unbequemes Thema. Obwohl jeder weiß, dass die Bevölkerung, zum Beispiel in Afrika, doppelt so schnell wächst, wie die Wirtschaft und damit nehmen Armut und Hunger beständig zu. Die Bilder verhungender Kinder erbarmen natürlich jeden. Aber es weiß doch jeder, dass die Bevölkerung Afrikas sich bis zum Jahr 2050 verdoppelt haben wird, wenn nichts geschieht. Natürlich ist das Thema Familienplanung und Empfängnisverhütung ein sehr sensibler Bereich, insbesondere vor dem Hintergrund, dass in diesen Regionen viele Kinder zu haben, Tradition ist und als Zeichen für Männlichkeit steht. Aber Tunesien hat gezeigt, dass es mit kluger Regierungspolitik möglich sein wird. Dazu braucht es aber den Willen der jeweiligen Regierung. Von außen her ist dies nur bedingt möglich umzusetzen. Nur haben sich zahllose Regierungen inzwischen in den fließenden Hilfgeldern so bequem eingerichtet, dass es kaum ein Interesse dafür gibt. Denn jede Regierung, die sich diesem Thema stellt, muss in Bildung investieren, das wurde auch schon vorhin angemahnt. Die Frauen als auch die Männer müssen dort in jedem Fall dafür

gewonnen werden. Das bedeutet ganz einfach Überzeugungsarbeit durch die jeweilige Regierung und das ist unbequem und dem entzieht man sich wohl lieber. Allerdings ließe sich seitens der Geberländer durchaus sinnvolle Hilfestellung für die jeweiligen Regierungen geben. Dabei ist aber die wichtigste Voraussetzung, dass insbesondere die afrikanischen Länder, aber auch alle übrigen Empfängerländer bereit sind, endlich ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und daran mangelt es vielfach. Auch durch das Verschulden der Geberländer müssen wir selbstkritisch sagen. Aber was vor Jahrzehnten die zuvor bitterarmen asiatischen Länder weitgehend aus sich selbst heraus geschafft haben und sich damit aus Armut und aus Hunger herausgearbeitet haben, das ist auch für die afrikanischen Länder nicht unmöglich, glaube ich. Wir dürfen ihnen aber dabei nicht mit noch so wohlmeinenden Projekten im Wege stehen. Wenig hilfreich sind in dieser Frage die meisten Nichtregierungsorganisationen. Ihr Wirken ist einer der Hemmschuhe zum Erwachsenwerden der hilfsbedürftigen Länder. Sie haben dazu beigetragen, dass die erforderlichen Selbstheilungskräfte in den von Ihnen betreuten Ländern erlahmt sind. Man meint es gut, davon bin ich wirklich überzeugt, aber gut meinen und gut machen sind oftmals zweierlei. Wenn es nicht gelingt, die hilfsbedürftigen Länder dazu zu bewegen, im Eigeninteresse eine konsequente Geburtenplanung zu betreiben, dann ist das erstens ein Desaster für diese Länder, aber auch bevölkerungspolitisch für uns selber. Der Migrationsdruck aus den dann immer ärmer werdenden Ländern in die derzeit noch wohlhabenden Regionen wird sich dramatisch und unbeherrschbar weiter verstärken. Und wer davor die Augen verschließt, vergeht sich letzten Endes an Millionen Menschen. Er vergeht sich sowohl an Afrika, als auch an Europas Zukunft, davon bin ich fest überzeugt.

**Die Vorsitzende:** Für die FDP stelle ich zwei Fragen. Die erste Frage richtet sich an Herrn von Borries. Sie sprachen von einer Risikoteilung zwischen Gebern sowie international lokalen Organisationen, gerade auch was Sicherheitsrisiken oder auch Strafverfolgung angeht. In diesem Zusammenhang fällt mir Afghanistan ein. Es gibt Berichte, das



International Rescue Committee deutete an, dass bei den bilateralen Verhandlungen mit den Taliban erreicht wurde, dass Frauen weiterhin im Gesundheitssektor und in der Gesundheitsversorgung tätig bleiben können. Es gibt unterschiedliche Ausführungen oder Auslegungen dieser Vereinbarung. Haben Sie nähere Informationen darüber, was bei diesen bilateralen Gesprächen vereinbart wurde? Weil wir eine Rücknahme der Frauenrechte von Woche zu Woche beobachten, egal um welchen Arbeitssektor in Afghanistan es sich handelt. Wie sehen Sie in diesem Hinblick insgesamt die humanitäre Hilfe in Afghanistan? Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Doktor Frick. Sie haben mir aus dem Herzen gesprochen, als Sie von Großbritannien - vom Brexit - und von der humanitären Hilfe gesprochen haben. Das war auch mein Anliegen in der letzten Legislaturperiode im Auswärtigen Ausschuss, dass ich immer darauf hingewiesen habe, dass die humanitäre Hilfe in der östlichen Hälfte von Afrika von Großbritannien geleistet wird oder bedient wird. Sie haben das eben angesprochen, dass man neue Geber suchen müsste. Großbritannien hatte sehr intensive diplomatische Beziehungen aufgrund der eigenen Geschichte in Afrika. Wer fällt Ihnen da als Geldgeber ein, der auch intensive lokale Anbindung in den einzelnen afrikanischen Ländern, gerade in den östlichen Regionen in Afrika, hatte? Wen sehen Sie da als Ersatz für Großbritannien, was die humanitäre Hilfe betrifft?

**SV Bodo von Borries:** Ja, vielen Dank für die Frage. Also der von den De-facto-Autoritäten erlassene Bann von weiblichen Mitarbeitenden NROs in Afghanistan ist zum 24.12. erfolgt. Er war damals recht undeutlich. Er hatte eine Ausnahme, die den Gesundheitsbereich umfasste. Für andere Bereiche und in der Umsetzung war er überhaupt nicht spezifisch. Insofern besteht die Hoffnung, dass das Secretary bei den Besuchen, Amina Mohammed ist vor einigen Tagen und Martin Griffiths ist an diesem Wochenende gereist, um auszuloten, inwieweit weitere Bereiche hinzukommen können. Nach meiner Information gibt es in dem Bereich Erziehung einzelne Signale, aber die sind eher auf lokaler Ebene. Bei den Gesprächen geht es natürlich um den ganzen Bereich Ernährung, das ist aufgrund des Bedarfs der größte Bereich für Afghanistan. Da habe ich

jetzt noch keine Bestätigung bekommen, dass das schon als weitere Ausnahme zugelassen ist. Für die NROs und für die Vereinte Nation geht es natürlich sehr stark darum, dass allgemein die humanitäre Hilfe fortgesetzt werden kann, dass die roten Linien dabei aber nicht übertreten werden. Diese sind natürlich sehr schwierig zu definieren, aber die bestehen zum Beispiel darin, keine afghanische Frauen, die bei humanitären Organisationen beschäftigt sind, durch Männer zu ersetzen. Oder eben, Frauen überhaupt nicht mehr erreichen zu können. Das ist natürlich das grundlegende Prinzip der Nicht-Parteilichkeit, dass durch die nicht mehr erlaubte Mitarbeit sehr weitgehend gefährdet ist. Also da gibt es jetzt die vorübergehende Phase der Aussetzung der humanitären Hilfe noch bis Ende des Monats. Wir müssen noch genau verstehen, was aus dem Besuch jetzt herausgekommen ist. Es gab auch Informationen, dass eine Umsetzungsverordnung zu diesem Bann noch erfolgt, da gibt es eine gewisse Hoffnung. Aber dass der Bann insgesamt zurückgenommen werden könnte, da ist die Hoffnung wohl sehr gering, auch nach Aussagen des Auswärtigen Amts und anderen, die im Hintergrund versuchen, etwas zu erreichen. Was wohl sehr gut funktioniert, ist auf lokaler Ebene über Älteste Ausnahmegenehmigungen zu erhalten, von denen man natürlich nicht weiß, ob diese dann dem Druck standhalten. Da ist ein sehr starker Druck, vor allem aus dem spirituellen Teil der Taliban, der in Kandahar verortet ist und weniger in der Verwaltung in Kabul. Die Hoffnung ist, dass sich die Ausnahmen bestätigen, dass man sich darauf verlassen kann und die humanitäre Hilfe weiter effizient umgesetzt werden kann.

**SV Dr. Martin Frick:** Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich muss noch einmal präzisieren. Unsere Hoffnung ist, dass das Vereinigte Königreich wieder über stärkere Mittel in der humanitären Hilfe einsteigen wird. Großbritannien war ein sehr starker Geber, aber ist in den letzten Jahren ziemlich stark abgerutscht, was sich in meinen Augen mit der Perspektive des Global Britain nicht wirklich vereinbaren lässt. Wir hoffen, dass die Mittel wieder anwachsen und werden auch mit der britischen Regierung reden. Es gibt auch einen Aspekt, in dem das Aussteigen der Briten aus der Europäischen Union auch schmerzlich gespürt wird: Das ist die strategische



Diskussion in Brüssel, da fehlt die britische Stimme, DFID, was lange Zeit ein sehr wichtiger Vordenker für die humanitäre Hilfe war, ist praktisch aufgelöst und fehlt in Brüssel in den Diskussionen. Da will ich anknüpfen an das, was Ralf Südhoff gesagt hat. Das ist natürlich auch eine Chance für die Bundesregierung, viel stärker strategisch in diese Diskussion einzusteigen. Ich denke, dass wir im gesamten EU-Kontext viel Unterstützung für die Food Security Agenda finden und da auch mehr machen können. Und vielleicht noch eine Anmerkung: In diesem Jahr werden die Vereinigten Arabischen Emirate die COP 28 austragen, die 28. Klimakonferenz unter großer Kritik der Zivilgesellschaft. Ich denke, da wäre ein Wechsel möglich, vor allem angesichts der enormen Profite, die momentan im Energiesektor gemacht werden.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Nastic bitte.

Abg. **Zaklin Nastic** (DIE LINKE.): Vielen Dank, meine Damen und Herren, auch von meiner Seite für Ihre Berichte. Meine Fragen richten sich an Herrn Herre. Sie nehmen in ihrem Bericht die Nahrungsmittel-Nothilfe und den Hunger als Problem der Verteilungsgerechtigkeit in den Fokus. Wir wissen, dass die internationale Gemeinschaft bis 2030 eigentlich den weltweiten Hunger bekämpft haben wollte. Seit 2014 steigen die Zahlen dramatisch. Sie haben es beschrieben: 2,3 Milliarden Menschen waren schon vor dem Krieg in der Ukraine moderat bis schwer ernährungsunsicher. Die Zahl hat sich noch mal dramatisch verschärft. In 2021 waren es 126 Millionen Menschen, die an schwerem Hunger litten. Also alleine an Klima, Corona und Krieg lässt sich das nicht ganz so festmachen. Sie sprachen von Nahrungsmittelspekulationen, dem Einfluss privater Konzerne und der wachsenden Verteilungsgerechtigkeit und der damit einhergehenden Armut. Könnten Sie diese strukturellen Probleme, die Sie kurz angerissen haben, nochmal erläutern? Welche politischen Maßnahmen könnten die internationale Gemeinschaft, aber auch vor allem Deutschland und die Bundesregierung ergreifen, um den weltweiten Hunger besser eindämmen zu können? Vielen Dank.

**SV Roman Herre**: Herzlichen Dank für Ihre Fragen. Ich denke, was wirklich wichtig ist, wenn wir uns das Thema Diskriminierung und multiple Diskriminierungen angucken, das ist natürlich ein ganz zentraler Ansatz und gleichzeitig auch ein menschenrechtsbasierter Ansatz. Die Partizipation dieser Gruppen ist auch bei der Erarbeitung von Strategien, beispielsweise auch bei der Nothilfe wichtig. Der Ansatz der Beteiligung marginalisierter Gruppen bei Lösungsansätzen, der fehlt eigentlich leider bis heute in der politischen Praxis sehr stark. Ein aktuelles Beispiel: In dieser Woche soll die neue Afrika-Strategie der Bundesregierung veröffentlicht und vorgestellt werden. Und auch hier war es so, dass eben keine relevante Beteiligung von Vertreter/-innen von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen und landlosen städtischen Armutgruppen tatsächlich dabei gewesen ist. Da würden wir uns natürlich auch sehr viel mehr Druck aus dem Parlament in das Ministerium wünschen, dass diese Partizipationsprozesse und damit auch der direkte Kampf gegen Diskriminierung deutlich erhöht wird. Aber es gibt auch viele andere Aspekte. Stichwort Land Grabbing: Ein Thema zu dem wir als FIAN auch sehr viel und intensiv arbeiten. Das führte in den letzten Jahren zu sehr hohen Konzentrationen von Land in den Händen weniger Akteure. Das heißt, dass diese Konzentrationsprozesse auch Fragen von Armut und strukturelle Probleme widerspiegeln. Viele Firmen und Investoren sind eben auch direkt oder indirekt hier in Deutschland zu finden. Beispielsweise sitzt der Größte Agrar-Investor in Afrika ungefähr einen Kilometer von hier entfernt in Berlin. Er kontrolliert mittlerweile ungefähr 40.000 Hektar Land in Afrika. Amatheon, ein anderer Investoren aus Luxemburg, kontrolliert 140.000 Hektar Land in Paraguay und die deutsche Entwicklungsbank DEG ist der zweitgrößte Anteilseigner dieses Investors. Die Liste ist eben weiterzuführen und diese Landkonzentration und auch die menschenrechtliche Regulierung dieser Akteure findet hier aus Deutschland heraus kaum statt. Zum Thema wachsende Einflussnahme der Privatwirtschaft gibt es auch ein Beispiel, zu dem wir konkret auch als FIAN arbeiten. Es ist so, dass es mittlerweile seit zwei Jahren eine Partnerschaft zwischen der Welternährungsorganisation FAO und dem Agrarchemie-Verband CropLife gibt.



Dies ist eine privilegierte Partnerschaft, was für uns natürlich ein großes Problem ist, dass die Privilegierten Zugang zu solchen UN-Organisationen haben und demgegenüber die betroffenen Organisationen vor der Tür stehen. Auch das ist ein Beispiel, wo die Bundesregierung deutlich stärker agieren und diesen Entwicklungen sich entgegenstellen könnte. Ein letzter Punkt vielleicht noch zu dem Thema der strukturellen Ursachen: Das ganze Thema der Finanzierung ist natürlich wichtig, denn die Finanzwelt spielt eine ganz zentrale Rolle. Wir kennen auch alle die Zahlen des extremen Wachstums von Reichtum auf der einen Seite bei gleichzeitigem Wachstum der Armut auf der anderen Seite. Wir reden hier in Deutschland sehr viel über die ganze Frage von Import von Soja aus Brasilien. Auf der anderen Seite müssen wir sehen, dass wir aus Europa nach Brasilien selbst der größte Investor in die Soja- und die Fleischindustrie in Brasilien sind. Damit profitieren diese davon, profitieren Agrarfonds davon, profitieren Pensionskassen hier aus Deutschland davon und profitieren Banken davon, dass Menschen in Armut und Hunger gestürzt und vertrieben werden und das Land sehr knapp für diese Menschen wird. Dankeschön.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann steigen wir jetzt in eine zweite Fragerunde ein. Herr Droßmann, Sie haben das Wort.

Abg. **Falko Droßmann** (SPD): Vielen Dank, für die bisherigen guten Antworten. Ich habe an Frau Mosebach von der Deutschen Welthungerhilfe eine Nachfrage. Die Bundesregierung schreibt in einem relativ großen Kapitel unter III 2 über die vorausschauende humanitäre Hilfe, also dem rechtzeitigen Dasein vor der Katastrophe. Auch Sie haben in Ihrem Bericht die vorausschauende Hilfe erwähnt. Deshalb meine Frage in Bezug auf die Aussage der Bundesregierung, welche sagt, dass Klimakatastrophen besser vorherzusehen seien und man deshalb auch besser vorausschauend darauf handeln könne. Darauf gehen Sie ein, aber wenn wir jetzt über einen dauerhaften Reformprozess des Grand Bargains sprechen, welche Punkte müssen aus Ihrer Sicht da konkret bezüglich der vorausschauenden humanitären Hilfe noch besprochen oder mit

aufgenommen werden? Dies war die erste Frage und ich gebe für die zweite Frage an den Kollegen Larem ab.

Abg. **Andreas Larem** (SPD): Vielen Dank. Meine Frage geht in Richtung von Herrn Westphal und zwar vorausgeschickt aus der Sicht eines Außenpolitikers. Wir kennen in China die Folgen der Ein-Kind-Politik, sprich, die Überalterung der Gesellschaft. In den Nachhaltigkeitszielen der UN haben wir die erste SDG2 - kein Hunger - und SDG4 - Bildung - und wir haben gehört, dass es eine Forderung gibt oder eine Statement gibt von Frau Steinbach dahingehend, dass wir die Weltbevölkerung eindämmen könnten, sollten, müssten, um letztendlich die Welternährung zu verbessern. Wie beurteilen Sie die Forderung von Frau Steinbach zur Eindämmung der Bevölkerung in Bezug auf Bildung? Denn Bildung ist auch wichtig im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung unserer Länder, gerade von schwierigen Ländern, was letztendlich dann auch die innere Resilienz und die politische Entwicklung dieser Länder anspricht. Weil wir letztendlich dann über Bildung vielleicht auch Veränderungen in den politischen Systemen zum Positiven hinbekommen können. Danke.

Sve **Bärbel Mosebach**: Herzlichen Dank. Ich hatte eingangs schon gesagt, dass wir es durchaus begrüßen würden, wenn der Prozess des Grand Bargain 3.0 zur Mitte dieses Jahres tatsächlich weitergeführt wird, vielleicht auch mit einem bisschen längeren Planungshorizont bis 2030 und der Anpassung an die Entwicklungsziele. Das ist aber sowohl in dem derzeitigen Grand Bargain, als auch im allerersten Entwurf zum Thema vorausschauende humanitäre Hilfe, gar nicht behandelt worden, aber das Thema von Flexibilisierung von Finanzierung und Mehrjährigkeit unter dem sogenannten Stichwort Quality Funding schon. Insofern wäre es für uns durchaus denkbar und auch hilfreich, das Thema im Rahmen des Grand Bargains und der Aushandlungen der Themenschwerpunkte für eine dritte Phase, das Thema vorausschauende humanitäre Hilfe mit einzubringen und damit natürlich auch zu sehen, dass man mit den anderen politischen Akteuren und anderen Regierungen unter anderem verhandelt, dass mehr



Geld in die vorausschauende humanitäre Hilfe geht. Derzeit sind es zwischen ein bis zwei Prozent weltweit. Gleichzeitig wissen wir durch verschiedene Studien, dass, wenn man auf Krisen und Katastrophen vorausschauend reagiert, tatsächlich bis zu vier- bis sechs Mal Gelder einsparen kann und das ist natürlich jetzt im Zuge der steigenden Bedarfe durchaus ein Hebel, den man gemeinsam heben könnte. Gleichzeitig erreichen wir durch die vorausschauende humanitäre Hilfe die Möglichkeit, die Menschen auch vor größerem Leid zu bewahren, weil wir frühzeitig handeln können und damit auch frühzeitigere Unterstützungsleistungen möglich sind. Ein großer Knackpunkt in Bezug auf die vorausschauende humanitäre Hilfe ist die Tatsache, dass man Mittel für den Fall vorhalten muss, dass eine Katastrophe vorausgesehen wird und das insbesondere in Deutschland mit der Bundeshaushaltsordnung nicht ganz so einfach zu machen ist. Sprich, wenn wir mit den Gemeinschaften und Gemeinden vor Ort und den betroffenen Menschen schauen, auf welche Krisen sie sich vorbereiten müssen, welche Naturereignisse sie möglicherweise treffen können, dann müssen tatsächlich auch Mittel fließen, wenn bestimmte Trigger, bestimmte Kriterien erfüllt sind und sich eine Dürre oder eine Überschwemmung anbahnt. Dies ist sicherlich ein großer Punkt, sowohl in Deutschland als auch international, der nicht einfach zu bewerkstelligen ist. Wir würden uns wünschen, dass die Bundesregierung in einem Grand Bargain 3.0., dem Thema vorausschauende humanitäre Hilfe ein größeres Gewicht einbringt, aber eben auch sicherstellt, dass dann entsprechende Mittel vorgehalten werden, um vorausschauend agieren zu können. Herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende**: Herr Westphal, bitte.

**SV Florian Westphal**: Vielen Dank für die Frage. Als Grundsatz würde ich erst einmal sagen, dass es für uns selbstverständlich ist, dass die betroffenen Familien selbst, vor allem die Frauen und die betroffenen Mädchen selbst, Entscheidungen darüber treffen können, wie sie ihre Familie und die Zahl ihrer Kinder planen wollen und können. Das scheint mir nicht in der

Verantwortung und in den Händen von irgendwelchen Staaten zu liegen, weder von Regierungen in den Empfängerländern von humanitärer Hilfe, noch von Regierungen in Geberländern. Was wir durch unsere Arbeit, unter anderem im Bildungsbereich, versuchen zu erreichen, ist, gerade Mädchen zu ermöglichen, besser unterstützt und auch besser darauf vorbereitet zu sein, genau diese Entscheidungen zu treffen. Dazu kommt, dass der Verbleib in der Schule und in der Bildung Mädchen gerade vor negativen Elementen, wie der Früh- und Zwangsverheiratung schützt. Was wir in Afghanistan in den letzten 18 Monaten gesehen haben, wo der Zugang für Mädchen in die weiterführenden Schulen, also ab der 7. Klasse, unterbunden wird. Das führt unter anderem dazu, dass letztendlich mehr Mädchen arbeiten müssen, aber auch mehr Mädchen gegen ihren Willen früh verheiratet werden. Dies, glaube ich, sollte man nicht unbedingt nur den Familien zu Last legen, weil es sind auch Familien, die aus absoluter Verzweiflung im Kampf ums Überleben handeln müssen. Bildung scheint mir ein wirkliches Schlüsselement zu sein, um Mädchen und Frauen in diesen Entscheidungsfindungen zu befähigen. Ein anderes Element ist sicherlich die Gesundheit, was wir auch letztendlich sehen, da wir uns unter anderem sehr häufig um die gesundheitlichen Belange und um Mangelernährung von schwangeren und stillenden Frauen kümmern. Wenn es uns gelingt, Familien dabei zu unterstützen, dass sie ihre Kinder, gerade in dieser besonders sensiblen und gefährlichen Phase, wo sie noch ganz klein oder Säuglinge sind, angemessen zu ernähren und gesundheitlich zu versorgen, dann erleichtert es sicherlich auch das Element der eigenständigen unabhängigen Familienplanung. Vielleicht als letzten Satz noch dazu: Wenn wir über Bildung und Gesundheit sprechen, ist ganz wichtig festzustellen, dass man diese Rechte für Kinder nicht vertritt, unterstützt oder umsetzt, weil sie irgendeinen gewissen Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung eines Landes haben, sondern weil wir uns diesen Rechten verschrieben haben, da dies Grundrechte für Kinder und grundlegende Menschenrechte sind. Ich bin wirklich überzeugt davon, dass wenn man es Eltern und Familien erlaubt, im Rahmen dieser Rechte ihr Leben zu leben, dass sie dann auch,





was ihre Familienplanung und Größe betrifft, die besten Entscheidungen treffen können, besser als jeder andere. Ich danke Ihnen.

Abg. **Michael Brand** (Fulda) (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich möchte erstmal mit dem Dank an die humanitären Organisationen für ihre wertvolle Arbeit, die sie leisten, beginnen und ich möchte in diesen Dank auch ausdrücklich die Arbeit von Frau Fries-Gaier und ihrem Team im Auswärtigen Amt miteinbeziehen. Meine ersten beiden Fragen gehen an Herrn Dr. Frick und an Frau Lumpp: Wir haben im Prozess des Grand-Bargain 2.0 zwei grundlegende Prioritäten fokussiert, nämlich zum einen die hochwertige Finanzierung bei gleichzeitiger Transparenz, sowie die Stärkung der Rolle lokaler Einsatzkräfte und Betroffener, wie sie heute auch mehrfach in der Anhörung thematisiert worden ist. Mich würde Ihre Einschätzung zum Stand der Umsetzung der Prioritäten interessieren und auch worauf sich der Folgeprozess 3.0 konzentrieren sollte. Welche Erwartungen richten Sie an den Folgeprozess an die Bundesregierung, um das zentrale Ziel der Reformen der humanitären Hilfe zu erreichen? Ich glaube, dass der dritte Punkt, nämlich die vorausschauende humanitäre Hilfe, sehr stark fokussiert werden muss. Ich habe eine konkrete Frage an Herrn Dr. Frick zur Verschlinkung des Arbeitsprozesses des Grand-Bargain im Hinblick auf die Verbesserung des Prozesses 3.0, den Sie in Ihrer Stellungnahme auch angesprochen haben. Da bitte ich Sie, das nochmal ein bisschen auszuführen, wo Ihr Vorschlag ansetzt und was er bewirken kann. An Frau Lumpp die Frage, wie es eigentlich geschafft werden kann, auch andere Player mit an Bord zu kriegen. Was gibt es für Möglichkeiten hinsichtlich des Finanzierungsdefizits und steigender Bedarfe und wie kann man Länder, die sich zurückgezogen haben, wie – bereits vorhin erwähnt - Großbritannien, wieder zurück gewinnen? Ich will an Sie beide eine Frage richten und ich würde diese auch in der dritten Fragerunde, sofern sie stattfinden sollte, an Herrn von Borries, Frau Mosebach und Herrn Südhoff richten, welche die aktuelle Lage- Einschätzung bezüglich der Ukraine betrifft. Wenn wir über vorausschauende humanitäre Hilfe sprechen, dann muss man sich natürlich jetzt an der Stelle Gedanken über Krieg und natürlich auch über die

Konsequenzen eines zurückgegangenen Anbaus machen. Wie ist dort die Erwartungshaltung? Und die letzte Frage, die ist ganz kurz. Die Betroffenen, Frau Lumpp, die sie erwähnt haben, welche Erfahrung haben Sie gemacht? Sie haben gesagt, Sie binden die jetzt stärker ein? Vielleicht können Sie uns einen Einblick geben. Danke.

Die **Vorsitzende**: Herr Dr. Frick als Erstes und Frau Lumpp. Herr Dr. Frick, Sie haben das Wort.

SV Dr. **Martin Frick**: Vielen Dank für die Fragen, Herr Abgeordneter. Wir sehen vor allem den Grand Bargain als das zentrale Forum und begrüßen es sehr, dass es eine internationale inklusive Diskussion darüber gibt. Wir sind für einen schlanken Prozess und für eine Governance, die einfach und überschaubar ist. Wir setzen große Hoffnungen auf diese politischen Ausschüsse, vor allem auf die Caucuses, weniger auf die Arbeitsgruppen. Zu Ihrer Frage der Umsetzung: Vor allem bei der flexiblen Finanzierung bekommen wir sehr gut Zuwendungen und qualitatives Funding vom Auswärtigen Amt. Das ist auch entscheidend, weil wir diese Flexibilität und die „Multi-Perspective“ brauchen, um tatsächlich Sicherheit von Grund auf aufbauen zu können. Vor allem am Horn von Afrika und Ostafrika, bekommen wir vom Auswärtigen Amt sehr flexibel Mittel, die uns helfen, in einer sehr fluiden Situation schnell reagieren zu können. Ich wollte dazu auch noch sagen, dass in unseren Augen die Nexus-orientierte Arbeit immer wichtiger wird. Ich glaube, dass ist in dieser Diskussion auch sehr deutlich geworden, dass man eben nicht immer Humanitäres und Entwicklung klar voneinander trennen kann. Das sind Situationen, die sich in alle Richtungen entwickeln. In meinem Eröffnungsstatement hatte ich auch gesagt: Wir haben es mit 79 Ländern der Welt zu tun, die unter extremem Hunger leiden oder Teile der Bevölkerung haben, die unter extremen Hunger leiden. Das wird uns auf jeden Fall noch weiter beschäftigen und da müssen wir ansetzen. Zu Ihrem Punkt Ukraine: Was wir jetzt sehen können ist besorgniserregend. Es ist vielleicht nicht so bekannt, aber wir hatten in der Ukraine 2021 eine Rekordernte und als der Krieg am 24. Februar eingesetzt hat, sind im Prinzip die Lagerhäuser



übereich gewesen. Jetzt ist es mit der Black Sea Grain Initiative gelungen, im größeren Maßstab Lebensmittel wieder exportieren zu können. Aber das geht sozusagen auf Batterie und wir sehen das beim Anbau in diesem Jahr. Es ist noch schwer abzuschätzen, aber es wird wesentlich weniger angebaut werden, sodass die Ukraine nachhaltig beeinträchtigt ist, als einer der fünf größten Lebensmittelexporteure der Welt, und das wird auf jeden Fall Folgen haben. In diesem Zusammenhang, in dem Nexus, muss man eben auch sehen, dass einige der Grundannahmen, zum Beispiel die Verflechtung im internationalen Handel, dass Entwicklungsländer Cash Crops exportieren können, gutes Geld dafür bekommen und auf der anderen Seite an den globalen Märkten recht billig Grundnahrungsmittel einkaufen können, so dauerhaft nicht funktioniert. Ich spreche nicht gegen den freien Handel, aber ich sehe, in welche Zahlungsschwierigkeiten viele der ärmsten Länder kommen. Deswegen ist das Ansetzen an lokaler Produktion, vor allem bei den Frauen, insbesondere in der Subsahara, unbedingt notwendig. Wenn ich noch kurz auf diesem Punkt Bevölkerungswachstum und Familienplanung eingehen darf: Eines unserer größten Programme ist School Feeding, also das Anbieten von Schulmahlzeiten weltweit. Wir tun das insbesondere auch für Mädchen sehr gerne mit etwas mehr als sie nur in der Schule verzehren können. Dadurch entsteht für die Familien ein Vorteil, die Mädchen weiterhin in die Schule zu schicken. Das wirkt sich unmittelbar auf das Alter, in dem die Mädchen heiraten und ihre Abschlüsse machen, aus, denn das Alter geht nämlich hoch. Das ist in meinen Augen die beste Art und Weise, Bevölkerungswachstum unter Kontrolle zu bekommen.

Die **Vorsitzende**: Frau Lumpp, bitte.

Sve **Katharina Lumpp**: Danke für die Frage zum Grand Bargain. Zu dem bisher Erreichten: Mit Blick auf die Arbeit in den Caucuses - ich weiß gar nicht, wie man das auf Deutsch korrekt sagt - war der Schwerpunkt hinsichtlich der Finanzierung sehr stark auf der mehrjährigen Finanzierung. Dazu wurde die Arbeit mit den Empfehlungen abgeschlossen. Da ist natürlich jetzt sehr wichtig, dass man auch die, die an den

Arbeiten nicht beteiligt waren, auch auf Geberseite, mit an Bord holt. In der weiteren Fortsetzung des Prozesses würden wir uns sehr stark wünschen, dass andere Aspekte der hochwertig qualifizierten Finanzierung, nämlich die Flexibilität, wieder ein Schwerpunkt wird. Da hat Deutschland tatsächlich eine ständige Erhöhung der Flexibilisierung von Mitteln in den letzten Jahren möglich gemacht, was wir sehr begrüßen. Durch die Fortsetzung dieser Arbeit im Grand Bargain ist die Hoffnung, dass da mit dem Gewicht des guten Beispiels andere Geber an Bord geholt werden können. Aus unserer Sicht ist, was die Lokalisierung anbelangt, in der Tat viel zu den quantitativen Aspekten beschlossen worden. Auch das gilt es weiter umzusetzen. Wir würden uns sehr stark wünschen, dass die Diskussion, wie auch der Prozess es jetzt schon tut, sehr stark auf die Qualität von Partnerschaften und auf die Einbindung von Akteuren und Betroffenen Gewicht legt. Was perspektivisch auch noch dazu kommt, da bin ich sehr stark mit den Kollegen vom Welternährungsprogramm einer Meinung, dass die Umsetzung des Nexus in einem Folgeprozess in der Praxis sehr viel stärker fortgesetzt werden sollte. Aus der Perspektive von der UNHCR soll der Schwerpunkt tatsächlich darin liegen, dass man in diesem einzigartigen Forum die Mechanismen schafft, das Vereinbarte umzusetzen und die Umsetzung gemeinsam begleitet und Erfahrungen zwischen den unterschiedlichen Akteuren austauscht. Die Situation der Ukraine, sehr kurz. Aber zunächst die Frage nach unserer Erfahrung mit Partizipation und partizipativen Ansätzen: Das ist für uns eine Methode, die nicht durch den Grand Bargain Teil unserer Arbeit geworden ist. Wir haben schon immer sehr stark bei der Planung angefangen und dann auch bei der Umsetzung und beim Feedback, Flüchtlinge und Binnenvertriebene in die Arbeit einzubinden. Und wir haben auch gesehen, dass durch eine starke Investition in Kommunikation mit Betroffenen und Beteiligten, auch Multiplikationseffekte insbesondere in der Information, aber auch im Feedback der Betroffenen selber, dann regelmäßig in Programme eingespielt werden können. Ein weiterer Schwerpunkt: Die Unterstützung von lokalen Initiativen und von Initiativen der Betroffenen, selbst wenn sie sich nicht als nichtstaatliche Organisation konstituiert haben



und auf freiwilliger Basis arbeiten, konnten sie sehr oft mit unserer Unterstützung Aufgaben übernehmen. Ein letzter Punkt zur Ukraine:

Die **Vorsitzende**: Die Zeit reicht nicht mehr. Vielleicht bekommen Sie noch einmal die Gelegenheit. Herr Mijatović bitte.

Abg. **Boris Mijatović** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich möchte mich zunächst mit einer Entschuldigung an die Herren Westphal, Frick, Herre und Frau Lumpp wenden, dass ich mich jetzt nicht gezielt mit einer Frage, auch nicht durch die Blume, an Sie richte. Das hängt einfach mit den Spielregeln zusammen, die wir uns gestellt haben. Die Wahl fällt schwer und ich habe zwei Experten und Expertinnen ausgewählt und das muss ich dann auch so besetzen, daher bitte ich da um Verständnis. Meine Fragen gehen an Frau Dr. Mosebach und dann an Herrn Südhoff. Herr Südhoff, das ist eine sehr spannende Geschichte, akut und strukturell. Wir müssen uns natürlich aufstellen und überlegen, wie wir das auch personell hinterlegen, da sind wir gar nicht im Dissens. Wenn wir in den Botschaften unterwegs sind, müssen wir natürlich strukturell Lokalisierung, Projekte und Partnerschaften vor Ort stark aufbauen. Ich würde aber trotzdem noch einmal fragen, weil es auch die Debatte bei UN-Programmen wie OCHA oder ähnlichen World Food Programmen gibt, Pooled Funds zu machen. Das bedeutet, Mittel zusammenzulegen, um dann daraus akut große Mittel bewegen zu können. Ich erinnere mich an die Ernährungs-Milliarde, die wir letztes Jahr beschlossen haben. Das ist genauso ein Projekt, wie sie das beschrieben haben, was kurzfristig abzurufen war. Ich glaube 600 Millionen Euro hat direkt das World Food Programme in Anspruch genommen, das ist genau das was Sie beschreiben. Aber es diente genau dazu, den Engpass auf dem Ernährungsmarkt sozusagen zu überbrücken, von daher müssen wir glaube ich, beides tun. Die Frage an Sie wäre dann, weil Sie auch in Ihrem Gutachten von der vorausschauenden, antizipativen, aber auch der würdevolleren humanitären Hilfe sprechen, ob Sie das noch mal erläutern könnten und Hinweise geben, wie wir das besser vertiefen und ermöglichen können. Frau Dr. Mosebach, von der

Welthungerhilfe würde ich gerne wissen, ob wir eine Art Monitoring-System haben, welche bei Struktur- und Berichterstattungen nicht überfordernd ist, und ob es eine Art Frühwarnsystem gibt, sodass wir Hinweise von Ihnen für unsere Arbeit mitnehmen können? Gerade weil im Bereich der Hungerkatastrophen und in einem Bericht aus dem Auswärtigen Amt 308 Wetterextreme genannt wurden, welche zu Katastrophen geführt haben und bei denen wir technisch sofort und unmittelbar hin mussten, Vielen Dank.

Der **stellvertretende Vorsitzende**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht erschrecken! Die Sitzungsleitung hat gewechselt, aber geht fort in bewährter Form. Herr Südhoff, bitte.

SV **Ralf Südhoff**: Vielen Dank für diese wichtigen Fragen. Stichwort Lokalisierung und weitere personelle Gestaltung der deutschen humanitären Politik: Das Beispiel der Pooled Funds kann man sehr stellvertretend nehmen für das, was Deutschland dort und insgesamt auch noch leisten kann, aus meiner Sicht auch im Rahmen der gegebenen Ressourcen und Möglichkeiten. Insgesamt haben wir das strukturelle Dilemma, dass Deutschland - da ist Deutschland auch nicht allein damit - beim Stichwort Lokalisierung keine Kapazitäten hat, auch wegen der Ressourcen in einem sehr nennenswerten Umfang, lokale Partnerinnen und Partner zu prüfen, zu unterstützen und sehr kleinteilige Projekte hier zu finanzieren. Da gibt es gleichzeitig natürlich mehrere Wege, das strukturell zumindest mittelfristig zu überwinden. Ich glaube, dass es da Gestaltungsspielräume gibt und zum Beispiel knüpfen die sich an die Pooled Funds. Anders als vielfach wahrgenommen sind die UN-koordinierten Country-based Pooled Funds relativ führend darin, größere Anteile der Mittel, die sie bekommen, an lokale Partnerinnen zu geben, wobei so mancher NGO-Fund da eher hinterher hinkt. Aber partizipativ ist auch dort festzustellen, dass in diesen UN-geführten Funds die Zivilgesellschaft und die lokalen Partnerinnen und Partner vor Ort in der Gestaltung, wer kommt zum Zuge etc., eher noch sehr hinterherhinken und benachteiligt werden. Im Bereich der Partizipation aber auch im Bereich der Vorgaben



könnte man noch mehr und noch schneller mithilfe dieser Pooled Funds lokale Partner unterstützen und voranschreiten. Deswegen ist es tatsächlich ein guter Weg und er wäre auch eine Möglichkeit, diese noch stärker zu finanzieren, was übrigens auch schon seit längerer Zeit versprechend eine Vorgabe des Grand Bargain ist. Auch da ist der Anteil dessen, was international geleistet wird und soweit ich weiß auch bis heute von Deutschland, nicht auf den – zuletzt hab ich 15 % gelesen - die dort eingezahlt werden sollen. Insgesamt ist in der Tat die lokalere Hilfe und der Reformprozesse ein gutes Beispiel dafür, deutlich zu machen, wie man im Rahmen von den vorhandenen Strukturen und Ressourcen realistisch Fortschritte machen kann. Deswegen war in unserem Eingangsstatement auch ein Punkt, darüber nachzudenken, ob man in der Förderpraxis und in der Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen, mit deutschen NGOs, aber auch mit UN-Organisationen, klare Vorgaben macht, sodass es zumindest Prozesse zu echten Partnerschaften geben muss. Diese sind teils natürlich vorhanden, manche sind da durchaus beispielhaft und führend, darunter auch manche UN-Organisationen. Es lässt sich nicht trennen zwischen "Die UN machen das so." und „Die Zivilgesellschaft macht das so.“, aber die Fortschritte sind sehr langsam und sehr viele der Hilfsorganisationen erfüllen ihre eigenen Versprechen und Vorgaben nicht, die es in dem Grand Bargain genauso lange schon gegeben hat, wie zum Beispiel auch in Deutschland. Tatsächlich gibt es die Perspektive, welche sagt, dass Organisationen, die in echten Partnerschaften, in Konsortien, die man entwickeln kann, in Netzwerken, lokal zusammenarbeiten, bevorteilt, ohne dabei klare finanzielle Vorgaben, Vorschriften und Vergabeverfahren zu haben und dies zu einem Förderkriterien zu machen, weil ein Prozess rein auf gutem Willen sehr langsame Fortschritte macht. Die Leiterin einer deutschen Hilfsorganisation, die das Problem durchaus erkannt und auch versucht hatte, die Organisation in diese Richtung zu bewegen, sagte ganz klar vor kurzem zu mir, welche Organisation als strategische Top-Priorität hätte, sich selbst abzuschaffen. Das ist nicht das, was bei uns auf der Agenda Nummer eins ist, aber trotzdem nehmen wir es ernst. Um es klar und deutlich

nochmal zu sagen: Viele machen da klare Fortschritte, aber es wird sich nicht die Struktur verändern, weil zu wenige Akteure das ernst nehmen. Meine Zeit ist abgelaufen. Ich hätte jetzt ungefähr noch fünf Themen, zu denen ich noch was sagen würde. Ich glaube, das Bevölkerungswachstum ist bei der Welternährung das kleinste Problem ist, denn wir haben kein Versorgungsproblem. Es gibt genug Nahrungsmittel weltweit. Die Verteilung, die Produktion der Nahrungsmittel und die strukturellen Abhängigkeiten von insbesondere Importabhängigkeiten in vielen der ärmsten Länder sind eine große Herausforderung. Das ist teils eine Frage von guter Regierungsführung, teils eine Frage von falscher Beratung aus dem Norden seit vielen Jahren. Insofern sind die Dinge, glaube ich, ein bisschen komplexer. Vielen Dank.

**Der stellvertretende Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Südhoff. Wir sind gut in die Zeit, wir rechnen mal aus, ob es noch für eine dritte Runde reicht. Vielleicht haben Sie dann noch die anderen Punkte, die Sie dann unterbringen können. Frau Mosebach.

**Sve Bärbel Mosebach:** Herzlichen Dank für die Frage und herzlichen Dank für die Andichtung meines Dokortitels, den ich nicht habe. Sie hatten nochmal nachgefragt bezüglich der vorausschauenden humanitären Hilfe und möglicher Monitoring-Systeme. Es gibt natürlich sowohl global als auch in den verschiedenen Ländern durchaus Systeme, die auch schon lange teilweise bestehen, die zum Beispiel bestimmte Wetterereignisse hervorsehen und vorhersagen. Letztendlich sind diese Systeme häufig nicht spezifisch genug, um wirklich dann festzulegen, was das konkret für die verschiedenen Regionen bedeutet, in denen wir tätig sind und die Menschen betroffen sind. Das heißt, was wir derzeit im Bereich der vorausschauenden humanitären Hilfe tun, und auch viele andere Akteure, ist, mit den Gemeinden zu schauen, was mögliche kommende Gefahren sind. Aber natürlich binden wir auch die nationalen meteorologischen Institute in den verschiedenen Ländern mit ein. Uns ist es wichtig, dass es da einen konsolidierten und abgestimmten Prozess aller Akteure gibt. Wir sind der festen



Überzeugung, dass nicht alle das Rad neu erfinden müssen. Das heißt, wir schauen zusammen mit den Partnern, die vor Ort sind, mit lokalen und anderen internationalen Organisationen, auch UN-Organisationen, was die möglichen Gefahren sind, die es in dem Land in den verschiedenen Regionen gibt und was notwendige Maßnahmen sind, die letztendlich erfolgen müssen, wenn dieses Wetterereignis eintritt. Das ist nicht ganz trivial und auch die Kosten, um ein solches System zu etablieren, sind nicht trivial. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, dass es da einen klaren, kollaborativen Ansatz braucht. Das heißt, dass die Daten, die in Bezug auf bestimmte Naturereignisse ermittelt werden und bestimmte Dinge, die gemonitort werden, müssen allen Akteuren, die vor Ort tätig sind, auch über die Zeiträume hinweg, zur Verfügung gestellt werden. So wird vermieden, dass Kosten für Dinge dupliziert werden, die schon einmal erhoben wurden. Und auch wie gerade gesagt, müssen mit den nationalen Wetter-Einrichtungen Wetterereignisse zügig und fortwährend weiter gemonitort werden. Frei nach dem Motto: Wir müssen das gemeinsam anpacken und können aber nicht auf zu grobe Daten zurückgreifen, die zu ungenau sind, um wirklich festzustellen, welche Wetterereignisse wo möglicherweise zum Tragen kommen. Danke.

Abg. **Boris Mijatović** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann vielen Dank und ich bitte um Entschuldigung für die falsche Anrede, das ist honoris causa.

Der **stellvertretende Vorsitzende**: Vielen Dank für die Richtigstellung. Aber es ist besser, ein Dokortitel wird einem angedichtet, als man selber behauptet, etwas zu haben, was man gar nicht erworben hat. Ich glaube, es ist bei jeder Partei schon mal passiert! Dann, werter Kollege Braun.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Vielen Dank Herr Vorsitzender für das Wort. Die humanitäre Hilfe hat in den letzten Jahren einen gewaltigen Aufwuchs erlebt und dennoch gibt es Finanzierungslücken, die sehr stark sind, obwohl Deutschland insbesondere die Mittel sehr ausgeweitet hat. Es wird auch selber in Berichten

erwähnt wird, dass durch Covid, Afghanistan und weitere Großkrisen, plus Ukraine-Krieg neue Krisenherde dazukommen. Das hat sehr viel ausgemacht. Nun hat in unserem Ausschuss auch schon David Beasley, der Chef des Welternährungsprogramms, mehrfach gesagt, dass die Corona-Maßnahmen mehr Probleme als Corona selbst verursacht haben und dadurch eine Menge zusätzlicher Schäden entstanden sind. Das nur zum Bericht der Bundesregierung und den Anmerkungen dazu. Jetzt ist zunehmend bei den NGOs das Problem, dass die Nichtregierungsorganisationen, deshalb auch auf Deutsch gerne NROs genannt, zunehmend mit Regierungen verflochten sind. Wir haben das in Deutschland besonders stark, dass die Bundesregierung in Teilen diese als Regierungsorganisation führt. Das gibt es im Bereich der Energiewende mit Agora. Wir haben das bei Greenpeace mit dem Auswärtigen Amt, da wechselt man schnell von der Greenpeace-Spitze zu einer Position in die Bundesregierung. Meine Frage an Frau Steinbach: Wie steht es um die Glaubwürdigkeit der Nichtregierungsorganisationen, wenn sie so eng mit Regierungen zusammenarbeiten und was sollte man da eigentlich wieder erreichen? Was sollte man für Maßnahmen ergreifen, um das zu ändern? Immerhin sind NGOs nicht durch Wahlen legitimiert. Zweiter Punkt: 1,5 Millionen Deutsche benutzen inzwischen das Angebot der Tafeln. Wie können wir in Deutschland die Glaubwürdigkeit der humanitären Hilfe stärker herstellen, dass es trotzdem erforderlich ist, weltweit zu helfen?

Sve **Erika Steinbach**: Dankeschön. Die subkutane Bevormundung durch unzählige NGOs, die letztlich den Weg vorgeben, der in den Ländern gegangen werden soll, hat den Ländern erkennbar in der humanitären Hilfe bis heute offenkundig nicht nachhaltig geholfen. Eben fiel der Satz: Wer schafft sich schon gerne selber ab? Jeder weiß auch, dass es da ein Problem gibt. Bei allem guten Willen, der in der Arbeit geleistet wird, läuft da manches schief. Die härtesten Vorwürfe gegen diese Art der Hilfestellung kommen von Afrikanern selber, wie zum Beispiel von dem Kenianer Dr. James Shikwati. Dieser sagte eindringlich, dass wer Afrika helfen will, dürfe kein Geld geben und empfahl sogar drastisch, die



Zahlungen sofort zu stoppen. Also dieser drastischen Aufforderung würde ich mich so nicht anschließen, aber ich glaube, dass man selber mehr auch auf Afrikaner hören muss. Denn es hat sich in der Entwicklungshilfeindustrie ergeben, dass sich in manchen Ländern zwischen 200 und 400 Organisationen tummeln, die sich oftmals gemeinsam in einem Land bewegen und der Grand Bargain soll gerade im Bereich der humanitären Hilfe für einen fast unübersichtliches Geflecht Abhilfe schaffen. Aber dem wird er leider nur marginal gerecht, das ist inzwischen auch mehrfach angesprochen worden. Wir müssen eines erkennen: Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe sind siamesische Zwillinge. Wenn die Entwicklungshilfe mit Billionen an Mitteln in den letzten Jahrzehnten dafür aufgewendet wurden, wirklich nützlich und vor allem im Interesse der Länder nachhaltig gewesen wäre, dann bräuchten wir heute keine humanitäre Hilfe mehr, weil die Länder sich längst hätten selber helfen können, wenn man von Naturkatastrophen absieht. In Afrika liegen zwischen 50 % bis 70 % der weltweiten Agrarflächen. Bei kundiger landwirtschaftlicher Nutzung könnte es nicht nur sich selbst versorgen, sondern Agrarprodukte sogar noch exportieren. Hier muss man, glaube ich, in einer Kombination mit zielgerichteter Geburtenkontrolle agieren und dazu muss ich ausdrücklich sagen, wer das verkennt, der verschließt die Augen vor wirksamer Hilfe. Geburtenkontrolle ist ein wesentlicher Teil und der hat natürlich mit Bildung zu tun. Ich gebe jedem Recht, der sagt: „Bildung, Bildung, Bildung!“. Aber ich glaube auch, dass das nicht nur für Mädchen und Frauen gilt. Auch die Männer müssen dafür gewonnen werden, wenn man den Hunger und die Not auf Dauer wirksam lindern will und vor allem nachhaltig bekämpfen will. Jetzt wurde ich zu den Tafeln angesprochen. Selbstverständlich muss uns das bewegen, wenn wir in Deutschland sehen, dass die Zahl der Menschen, die tagtäglich zu den Tafeln gehen und sich dort Lebensmittel holen müssen, weil ihr Einkommen nicht reicht.

Der **stellvertretende Vorsitzende**: Vielen Dank, Peter Heidt für die FDP.

Abg. **Peter Heidt** (FDP): Vielen Dank, Herr

Vorsitzender. Ich will am Anfang sagen, dass die Haushaltsberatungen extrem ambitioniert waren, weil wir ein Land übernommen haben, wo es sehr viele Baustellen gab. Wir haben festgestellt, dass wir sehr viel hinsichtlich der Infrastrukturen und bei anderen Sachen in der Energieversorgung machen mussten. Deshalb bin ich sehr stolz auf diese Regierung, dass sie das geschafft hat, am Ende des Tages so viel Geld für die humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen. Die nächsten Haushaltsberatungen werden nicht einfach, das darf ich schon mal sagen. Insofern sind wir auch sicherlich für Ihre Unterstützung sehr dankbar, damit wir es innerhalb der Regierungskoalition schaffen, wieder die Mittel zur Verfügung zu stellen, die wir sicherlich benötigen. Ich möchte Herrn Westphal ansprechen. Sie haben in Ihrem schriftlichen Bericht die Bildung angesprochen, aber jetzt noch mal hier im Ausschuss sehr verstärkt. Ich bin bei Ihnen bei dem, was Sie über die Bildung allgemein gesagt haben, dass das sehr wichtig ist. Prinzipiell ist dafür das BMZ zuständig, weil es natürlich schon etwas Langfristiges ist und wo auch Projekte erarbeitet werden müssen. Wir wissen auch, dass die humanitäre Hilfe mittlerweile immer mehr in Krisensituationen auch langfristiger unterwegs ist. Trotzdem gibt es dieses Spannungsverhältnis zwischen dem AA und der humanitären Hilfe auf der einen Seite und dem BMZ und der Entwicklungszusammenarbeit auf der anderen Seite. Dazu könnten Sie vielleicht noch einmal etwas verlieren. Und dann eine Frage an Herr von Borries: Sie haben angesprochen, dass es einen jährlichen Bericht bräuchte. Kann jedoch das AA das im Hinblick auf die Transparenz und Bürokratie leisten? Sie haben auch die fehlenden personellen Ressourcen in dem Ministerium angesprochen. Da will ich Sie auch fragen, so unter uns, bevor es die Haushälter hören: Wie viel Personen bräuchte das AA nach Ihrer Auffassung denn, um das leisten zu können? Und vielleicht eine letzte Frage noch an Sie: Die Golfstaaten und China machen sehr wenig. Hätten Sie eine Idee, wie wir die dazu bewegen können, mehr bei der humanitären Hilfe zu leisten? Danke.

Der **stellvertretende Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Westphal.



**SV Florian Westphal:** Vielen Dank für die Frage. Es stimmt allerdings, dass im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sehr viel Gutes für die Bildung getan wird, zum Beispiel im Rahmen der globalen Bildungspartnerschaften. Es hat substanzielle Zusagen zu diesem multilateralen Fond „Education Cannot Wait“ gegeben. Das sind wichtige Zeichen, aber was wir tatsächlich auch sehen, ist, dass der Bedarf dadurch bei weitem nicht gedeckt wird. Dieser Bedarf ist besonders eklatant in diesen sogenannten protracted crises, also diesen andauernden humanitären Krisensituationen. Man sieht zum Beispiel, dass gut 85 % der Kinder, das sind über 65 Millionen Kinder, die in Notsituationen nicht zur Schule gehen und die letztendlich in diesen protracted crises leben. Das sind zwei Drittel in zehn Ländern alleine und betrifft typische humanitäre Prioritätsländer, wie Äthiopien, Demokratische Republik Kongo, Afghanistan, Jemen, Sudan, etc. Das heißt, unsere Überzeugung bleibt nach wie vor, dass das, was schon durch die Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Bildung geleistet wird, ergänzt werden sollte durch mehr Anstrengungen im humanitären Bereich, wie das andere Geber auch schon tun. Die 10 % mehr für Bildung, die wir vorschlagen, die sehen wir zum Beispiel bei der Europäischen Union bei ECO, wo sie als Zielsetzung festgelegt sind. Es geht aber, das muss man auch betonen, nicht darum, dass Bildung als humanitäre Maßnahme längerfristig irgendwie einen funktionierenden Bildungssektor ersetzen soll. Ein funktionierender Bildungssektor mit ordentlichen, regulär betriebenen Schulen muss natürlich das Ziel sein. Es geht vor allem gar nicht darum, parallele Systeme irgendwie zu errichten, aber es ist schon eine Realität, dass der Bildungssektor eben in sehr vielen humanitären Krisen weitestgehend zusammengebrochen ist und dass man deswegen auch als Teil dieser humanitären, per Definition kürzer angelegten, Hilfsleistungen, die Bildung mit einbeziehen sollten. Ich finde es immer beeindruckend, wenn man mit betroffenen Menschen selbst spricht. Ich war Mitte November in Afghanistan und habe das auch wirklich von Eltern da gehört, was für einen Stellenwert Bildung hat. Und zwar nicht nur, weil sie als Hoffnung auf eine bessere Zukunft für die Kinder gilt, sondern auch weil die Bildung diesen Schutz mit sich bringt, den wir vorhin schon

angesprochen haben. Zum Beispiel bedeutet es mehr Schutz vor erzwungener Kinderarbeit gerade für Mädchen, aber auch für Jungs, wenn sie zur Schule gehen können, aber auch eine mögliche Unterstützung durch WFP, das Welternährungsprogramm, mit Schulspeisung und Ähnlichem. Ich glaube, dass diese Bedarfe und Wünsche in humanitären Krisen, die Notlagen, die hier im Mittelpunkt stehen in unserer Diskussion, besonders eklatant sind und bisher nicht ausreichend durch die Entwicklungszusammenarbeit abgedeckt werden können. Dankeschön.

**Der stellvertretende Vorsitzende:** Vielen Dank. Herr von Borries.

**SV Bodo von Borries:** Vielen Dank. Die Fragen einerseits zu Transparenz, Bürokratie, Personalaufwand nochmal und andererseits zu den Golfstaaten. Ich glaube, wir haben hier durchaus unterschiedliche Wahrnehmungen zu den notwendigen Kapazitäten im Personalbereich, was das Auswärtige Amt selber und die NROs angeht. Herr Südhoff hat das vorhin auch schon angesprochen. Für Projektarbeit sind die Kapazitäten insgesamt zu gering ausgeprägt, das heißt, dass auch nach der Reform mit dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten, wo Personal aus dem Referat im Auswärtigen Amt verschoben worden ist. Von daher ist kein Personalaufwuchs dazu gekommen, sodass das Unverhältnis weiterhin bestehen bleibt. Das heißt, hier liegen strukturelle Probleme, zum Teil kann die Last durch Programmansätze verringert werden, aber insgesamt braucht es auch einen Personalaufwand. Hier ist eine zumindest positive Nachricht, dass ein neuer Laufgang im Auswärtigen Amt geplant ist, jedenfalls laut Medienberichten, wo möglicherweise dieses Prinzip der Rotationen ausgesetzt und Fachexpertise aufgebaut wird. Das zweite Problem ist, was die Kapazitäten angeht, dass es eine sehr spezifische Arbeit ist, die auch eine längere Erfahrung in der Begleitung von komplexen Projekten verlangt. Das ist auch machbar für das Auswärtige Amt. Wir haben eine große Bereitschaft darüber zu diskutieren. Ich höre auch Unterstützung aus dem Parlament, beim Kapazitätsaufbau noch mehr zu machen. Für den



Bericht ist das wichtig, solche Zahlen vorliegend zu haben. Nicht nur auf Nachfragen aus dem Bundestag. Ich hatte das vorhin auch an anderen Themen deutlich gemacht. Für uns ist auch die Mittelverwendung eine Transparenzfrage. Wie viel geht an verschiedene Akteure im NRO-Bereich versus UN? Das ist ein schwieriges Thema hier in dieser Zusammensetzung. Aber was ist eine angemessene Balance? Was ist eine Balance zwischen direkter humanitäre Hilfe und Strukturaufbau, damit die Qualität gesichert wird? Also auch das ist eine Frage, die man nur mit nötigen Zahlen und Transparenz beurteilen kann. Zu der Frage nach den Golfstaaten, das ist ein ganz anderer Bereich. Im Gegensatz zu vielen Darstellungen sind das keine neuen Geber. Es gibt eine lange Tradition in islamisch geprägten Ländern humanitäre Hilfe zu leisten. Das heißt nicht immer so, aber es gibt sehr viele Anknüpfungspunkte. In den Golfstaaten sind es vier Staaten gewesen, diese haben schon in der Vergangenheit seit den 80er Jahren Hilfe geleistet, jedoch überwiegend in der Region selber und leider nicht über die multilateralen Institutionen, sondern sehr direkt und häufig sehr intransparent. Das ist natürlich auch ein großes Problem. Wir haben aber auf NRO-Seite sehr wenig Ansprechpartner. Es gibt einzelne NROs in diesen Ländern, die sind aber noch nicht sehr vernetzt. Es gibt auch die Rotehalbmond-Bewegung, die natürlich eine Tradition hat und dort ein weiterer Ansatzpunkt ist. Aus unserer Sicht könnte politisch noch mehr geschehen. Im Bericht der Bundesregierung ist angesprochen worden, dass hier ein Prozess auf der Zusammenarbeit auf EU-Ebene mit den Golfstaaten angeregt worden ist. Das ist jetzt mir nicht bekannt, da müssten Sie noch einmal im Auswärtigen Amt nachfragen, wie da die Ergebnisse dieses Prozesses sind. Aus unserer Sicht könnte die Kooperation mit dem Golf-Kooperationsrat auf EU-Ebene ein politischer Ansatzpunkt sein und auf NRO-Seite könnte man die NROs noch weiter einbinden in die Reformdiskussion, in der Hoffnung, dass es eine dauerhafte Unterstützung gibt.

Der **stellvertretende Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Nastic.

Abg. **Zaklin Nastic** (DIE LINKE): Der

Berichterstatte der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung, Michael Fakhri, sagt, dass Sanktionen, die zur Bestrafung von Regierungen ausgesprochen würden, leider eine große Behinderung für die humanitäre Hilfe weltweit darstellen würden. Ich würde gerne Herrn Südhoff fragen, da Sie tatsächlich in Ihrem Bericht auch die Ausnahmen innerhalb von Sanktionsregimen ansprechen, wie Sie das näher einschätzen. Die Berichterstatte gehen hier in ihrer Kritik sogar sehr weit und sagen, dass die Ausnahmen, die auf dem Papier gefasst würden, in der Regel gar nicht funktionieren würden, aber tatsächlich verheerende Folgen für Millionen von Menschen hätten. Wie schätzen Sie das ein, Herr Südhoff? Könnten Sie vielleicht die problematischen Auswirkungen von solchen Sanktionsregimen auf die humanitäre Hilfe genauer beschreiben und auch, wie Sie sagen, dass es eine bessere Abstimmung bräuchte innerhalb der Institutionen, wie diese dann ausschauen könnten? Es gibt zum Beispiel Erkenntnisse, dass Sanktionen gegen Syrien auch negative Auswirkungen auf den Libanon haben und dass solche Dinge nicht oft im Fokus sind. Was können wir dagegen tun? Vielen Dank.

Der **stellvertretende Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Südhoff.

SV **Ralf Südhoff**: Vielen Dank für die Frage. Ich denke, das ist ein wichtiges Thema, was viele Beteiligte und Anwesende umtreibt und insbesondere in den letzten Jahren sehr umgetrieben hat. In der Tat sind internationale Sanktionsregime, die politisch sehr wichtig und relevant sein können und wir gar nicht zu beurteilen haben, im humanitären Bereich vielfach sehr komplex und herausfordernd ein großes Problem. Deshalb gibt es seit vielen Jahren auch Lobby-Arbeit, um das anzugehen und für humanitäre, strukturelle, systematische, internationale Ausnahmen zu sorgen. Sie haben ein paar Beispiele genannt. Beispielsweise war der Caesar Act der Vereinigten Staaten für die Hilfe in Syrien und die Nachbarstaaten für viele Hilfsorganisationen eine kleine Katastrophe, weil es schlichtweg nicht mehr möglich war, überhaupt Gehälter zu bezahlen oder Hilfsprogramme auf legalen Wegen in diesen





Krisen zu finanzieren. Die Sanktionen gingen so weit, dass eine Bank, die einen US Mitarbeiter hat, hierfür sanktioniert werden kann, wenn sie Mittel einer deutschen Hilfsorganisation nach Syrien weiterleitet. Wir hatten in Afghanistan das ganz dramatische Problem, dass die sehr umfassenden Sanktionen aus offensichtlichen Gründen nach der Übernahme der Taliban, die Hilfe weitestgehend unmöglich gemacht haben. Das ist in der Tat ein großes Problem. Es gab einen sehr großen Fortschritt, die UN-Resolution zur grundsätzlichen humanitären Ausnahme für Hilfsorganisationen in Sanktionsregimen der UN, den nennen wir auch in unserer Stellungnahme. Aus Sicht aller Beteiligten ist dies ein extrem großer Fortschritt, der sich aber dann tatsächlich in der EU-Gesetzgebung materialisieren muss. Da ist nach allem, was wir wissen, unter anderem auch die Bundesregierung dran, die in diesen Zusammenhängen auch eine sehr förderliche Rolle insgesamt gespielt hat. Diese Sanktionsregime von deutscher Seite waren eher selten ein Problem in der humanitären Arbeit deutscher Hilfsorganisationen. Wo aber Deutschland womöglich, entschuldigen Sie, wenn ich immer auf mein Mantra zurückkomme - Payer-Player - nach Ansicht vieler internationaler Expertinnen und Experten noch mehr Druck und Gewicht, auch international in der Vergangenheit, hätte reinlegen können, beispielsweise Frankreich im Rahmen der EU zu einem Positionswechsel zu bewegen oder auch in der Umsetzung der Ausnahmeregelungen, die jetzt beschlossen wurden. Das ist ein sehr wichtiges Thema, wo es jetzt einen großen Fortschritt gibt. Um den dann aber auch tatsächlich für die Praxis extrem hilfreich zu gestalten, braucht es eine schnelle Umsetzung in das europäische Recht und in das nationale Recht vieler anderer Staaten. Ich glaube, da kann die Bundesregierung eine sehr förderliche Rolle spielen, weil diese Sanktionen nicht für die humanitäre Arbeit vorgesehen sind, sondern es meistens ein Kollateralschaden war, der dramatische Folgen haben konnte, insbesondere in Afghanistan. Vielleicht darf ich noch eine Bemerkung machen, wo ich noch eine Minute habe. Ich glaube, es ist für die weitere Budget-Verhandlung sehr wichtig, aber auch für den Blick auf die humanitäre Hilfe wichtig, nochmal festzuhalten, dass die humanitäre Hilfe keinen Auftrag hat, nachhaltig zu sein. Die humanitäre

Hilfe folgt humanitären Prinzipien, wie Neutralität, Unparteilichkeit und Menschlichkeit, zu denen sich alle verpflichtet haben, unter anderem mit dem klaren Fokus darauf, den Menschen zu helfen, die in größter Not sind. Und dem hat sich Deutschland verpflichtet und folgt diesem Prinzip zum Glück weitestgehend. Deswegen ist es aus meiner Sicht mit Blick auf die Budgetverhandlung ein klares Warnsignal, wenn die mittlere Finanzplanung im nächsten Jahr massive Kürzungen für das Auswärtige Amt vorsieht und dass der Ausgangspunkt von Verhandlung ist. Es war eine gute Tradition der Vorgängerregierung überplanmäßige Mittel für Krisen, die anhalten, wie die Folgen von Corona, wie die Ukraine, in das reguläre Budget einzupreisen. Davon ist man leider in den letzten ein, zwei Jahren abgekommen und es ist natürlich angesichts der globalen Krisen ein bisschen enttäuschend, wenn ein paar hundert Millionen Euro in dem Bereich gespart werden sollen, um sehr große und sehr wichtige Sondervermögen und ähnliches aufzulegen. Letzer Punkt...

Der **stellvertretende Vorsitzende**: Herr Südhoff, Sie kriegen gleich noch 5 Minuten von mir.

SV **Ralf Südhoff**: Ich wollte tatsächlich nur einen Satz zu der Frage der Nachhaltigkeit und humanitären Hilfe noch sagen: Wie nachhaltig, wenn ich das mal fragen darf, sind denn die deutschen Tafeln für die deutsche Bevölkerung? Die sind extrem wichtig und müssen gut finanziert werden, aber da stellen wir auch nicht die Frage der Nachhaltigkeit. Aber wenn es um den Hunger in der Welt geht, soll die humanitäre Hilfe das auch noch leisten können. Das entspricht nicht den Prinzipien und ist, glaube ich, auch nicht hier heute das Thema. Danke.

Der **stellvertretende Vorsitzende**: Vielen Dank. Jetzt sind wir in der Dilemmata Situation, aber das Dilemma darf ich als Vorsitzender auflösen. Wenn ich noch eine Schlussrunde machen würde, würde es den Fragesteller nicht zur Ehre gereichen und dem Antwortgeber auch nicht. Insofern setze ich mal voraus, dass wir direkt in eine Schlussrunde gehen und Sie natürlich durch Ihre bisherigen Tätigkeiten eine derart



empathische Fähigkeit entwickelt haben, zu ahnen, was noch am Fragen offen geblieben ist oder was sie für Fragen immer schon beantworten wollten, die nicht gestellt wurden. Insofern würde ich jedem Experten noch mal 5 Minuten für die Schlussrunde geben und Sie dürfen sich dann entsprechend dieser fünf Minuten da noch fortentwickeln. Wir beginnen mit Herrn von Borries. Herr Heidt, Peter, was möchtest du?

Abg. **Peter Heidt** (FDP): Ich möchte nur sagen, ich habe einen ganz wichtigen Termin jetzt bei uns, deswegen ist auch Renata Alt schon gegangen. Seit 15 Uhr tagen wir. Deshalb würde ich mich jetzt ganz gerne entschuldigen, meine Mitarbeiterin, Büroleiterin ist noch da. Ich bitte das zu entschuldigen und um Verständnis.

Der **stellvertretende Vorsitzende**: Das verstehe ich. Alle haben um 16:00 Uhr ein kleines Problem oder eine Herausforderung - Probleme haben wir nicht, wir haben nur Herausforderungen. Insofern: Gute Beratungen in diesen schwierigen Zeiten! So, Herr von Borries.

SV **Bodo von Borries**: Herzlichen Dank. Das war eine sehr intensive Debatte und ich habe jetzt die Gelegenheit, fünf Minuten noch einmal drei Punkte hervorzuheben. Die Kluft zwischen dem Bedarf und den Mitteln langfristig zu decken, geht eben nur durch diese zwei Komponenten: Verbesserung der Qualität und der Effizienz und die Regelung des Bedarfs. Insofern will ich noch einmal ein ausdrückliches Plädoyer für die Verbindung des Triple Nexus, der hier auch genannt ist, halten und die ganze Friedensdimension hier noch mal in diesem Kreise darstellen. Wir haben im Bereich der zivilen Krisenprävention und Friedensförderung einen ganz großen Ansatzpunkt, Bedarf zu vermindern. Das ist übrigens auch das Thema, was bei der vorausschauenden humanitären Hilfe noch fehlt: Die Konfliktbeobachtung und die Voraussage von Konfliktgeschehen und Anzahl von Fluchtbewegungen und Vertreibung. Das ist ein Bereich, in dem Investitionen auf jeden Fall zu einer mittelfristigen Verringerung von humanitären Bedarf führen können. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist nochmals zu

dem Mitteleinsatz: Wir haben im Haushalt, diesen häufig hier schon gelobten, die Erhöhung für dieses Jahr erhalten. Es bleibt aber für uns als NROs ein sehr wichtiges Anliegen, dass die Mittelgewährung planbar ist und dass nicht mit überplanmäßigen Mitteln im Laufe des Jahres immer wieder kurzfristig reagiert wird. Ansonsten entsteht ein sehr hoher Druck, der für die Umsetzung auch ineffizient ist. Aus unserer Sicht führt dies nicht zu einer effizienten Mittelverwendung, auch wenn aus guten Absichten erfolgt. Ich vermute, dass es den meisten hier bekannt ist, wie die Mechanismen funktionieren. Das dritte Thema, wofür ich hier in diesem Kreis noch einmal Werbung machen wollte, ist, die Flexibilisierung der Fördermittel auch für den NRO-Bereich. Wir haben eben von den Fortschritten im Grand Bargain gehört und auch für die UN-Organisation. Das deutsche Förderrecht ist nach wie vor für öffentliche Zuwendungen im Inland ausgelegt. Die Bundeshaushaltsordnung und die allgemeinen Bestimmungen zur Umsetzung von Projekten sind die Grundlagen, die leider dazu führen, dass jede Förderrichtlinie, die für den humanitären Teil, aber auch für andere Fördermittel, mit Ausnahmen arbeiten müssen. Diese Ausnahmen müssen immer wieder gegenüber dem Finanzministerium oder den Bundesrechnungshof gerechtfertigt werden. Das ist aus unserer Sicht nicht mehr zeitgemäß. Wir möchten hier in diesem Ausschuss Werbung dafür machen, möglicherweise einmal groß zu denken und zu denken, was man zur Entbürokratisierung leisten kann. Wäre es denkbar, hier eine Ergänzung der Bundeshaushaltsordnung anzustoßen, die möglicherweise eben Zuwendungen im Ausland betrifft und die dann zu einer insgesamt größeren Flexibilisierung und damit auch zu enormen Kapazitätsgewinnen auf der Bearbeitungsseite führen würde. Das wäre ein wirklicher Beitrag zur Nachhaltigkeit und zur Finanzierung der humanitären Hilfe. Vielen Dank.

Der **stellvertretende Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Doktor Frick.

SV Dr. **Martin Frick**: Herr Vorsitzender, vielen Dank. Hier sind sehr gute Sachen gesagt worden und ich stimme auch mit dem allermeisten



überein. Deswegen möchte ich mich in den letzten 5 Minuten noch einmal dem Thema Lokalisierung zuwenden. Zum einen könnten wir in der humanitären Hilfe als Welternährungsprogramm ohne die Zusammenarbeit mit fast 1.000 Nichtregierungsorganisationen unseren Job gar nicht tun, 977 Organisationen sind es insgesamt. Mein Punkt ist der: 804 dieser NGOs sind lokale, kleine NGOs, die für uns ganz zentral sind. Ausgehend von diesem Punkt will ich zwei Feststellungen machen. Da, wo wir arbeiten, ist in der Regel die staatliche Struktur schwach oder komplett zusammengebrochen. Deswegen müssen wir in den lokalen Communitys ansetzen. Wir versuchen, so viel wir können, lokal einzukaufen. Aber ein Element ist heute noch nicht zur Sprache gekommen oder noch nicht stark genug: Das ist der Einsatz von Cash-Based Transfers, also von Bargeld. Das ist bei uns mittlerweile über ein Drittel dessen, was wir in der humanitären Hilfe machen. Es ist vorhin angeklungen, es ist eine Art und Weise, die würdevoller ist, als Lebensmittelspenden zu bekommen und es ist ebenso ein Wirtschaftsfaktor, weil natürlich die lokale Wirtschaft gestützt wird. Am Horn von Afrika sind wir durch Procurement und Cash-Based Transfer mit mehr als 1 % am Bruttosozialprodukt des gesamten Horns beteiligt. Das ist also ganz enorm. Wenn wir in die Zukunft schauen, müssen wir natürlich schauen, was sind die strukturellen Ursachen des Hungers. Die größte Ursache sind nach wie vor zu viele Kriege. Jeder Krieg ist einer zu viel und es besteht die Hoffnung, dass Deutschland auch in der Diplomatie Initiativen startet, um Kriege zu beenden, Friedensinitiativen zu unterstützen, das ist ganz zentral. Das Zweite ist natürlich der Klimawandel. Ich hatte es vorhin schon kurz gesagt. Denn da haben wir noch nicht einmal den Anfang dessen gesehen, was da passieren kann. Ein Beispiel, indem diese Agenda-Punkte, wie Hungerbekämpfung, Stabilisierung, Vermeidung von Extremismus, zusammenkommen, sind Böden. Das ist ein Thema, das sehr oft als Nischenthema gesehen wird. Wir haben gerade beim Global Forum for Food and Agriculture ein großes Side-Event zu dem Thema Böden gemacht. Denn das ist etwas, was mit einfachsten Mitteln zu machen ist, was hauptsächlich in weiblicher Hand liegt und was tatsächlich die Chance hat,

Stabilität und gute Böden von Grund auf aufzubauen. Wie gesagt, das klingt nach einem Nischenthema, aber während wir sprechen, werden zum Teil in der Ukraine die besten Böden der Welt zerstört. Das ist tatsächlich eine Möglichkeit, einen gelebten Nexus zu haben und Agenda-Punkte zusammenzubringen. Nun tut es mir sehr leid, dass der Abgeordnete Heidt gehen musste, denn genau für so etwas sind langfristige Finanzierungs- und Planungssicherheit enorm entscheidend. Denn wenn sie mit Kleinbäuer/-innen arbeiten in Subsahara-Afrika, braucht man die langfristige Perspektive, damit die Ernährungssysteme von Grund auf umgestellt werden können. Insgesamt aber mein Dank für diesen Dialog, für eine ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, und ich glaube Herr von Borries, Sie hatten es eingangs gesagt, die Hoffnung, dass wir das öfters machen, das ist enorm hilfreich. Vielen Dank.

**Der stellvertretende Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Herre.

**SV Roman Herre:** Herzlichen Dank auch von meiner Seite. Ich kann dem natürlich zustimmen, Herr Frick, was Sie bezüglich der Frage der Zusammenarbeit mit Kleinbauern und Kleinbäuerinnen gesagt haben. Das ist ein sehr wichtiges und ganz zentrales Thema, gerade vielleicht auch was den Punkt Ukraine angeht. Wir stehen in Kontakt mit Kleinbauern und Kleinbäuerinnen und sehen, dass wenn Förderungen und Hilfen für die Agrarwirtschaft in der Ukraine ankommen, die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen dort eigentlich nicht erreichen, sondern eher die mittleren und großen Strukturen erreicht. Und dies obwohl die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen vor Ort, auch in der Ukraine, für einen ganz erheblichen Teil der lokalen Ernährungssicherung zuständig sind. Was die Frage von Ursachen von Hunger angeht: Da würde ich in Teilen Herrn Frick vielleicht auch widersprechen. Für uns ist das zentrale Thema immer noch das Thema Verteilungsgerechtigkeit von Nahrung, von Einkommen, von Land und von anderen Möglichkeiten. Das sind aus unserer Sicht die zentralen strukturellen Ursachen von Hunger. Ein Aspekt, der heute noch nicht angesprochen worden ist, ist das Thema



Nahrungsmittelspekulation. Aus unserer Sicht war die Nahrungsmittelspekulation auch ein zentraler Faktor dafür, dass die Preise so stark bei dem Angriff Russlands auf die Ukraine angestiegen sind. Innerhalb weniger Tage stieg die Weizen Futures auf der Chicagoer Börse um 60 % an. Das hat natürlich auch große Auswirkungen auf die Frage der humanitären Hilfe und zwar bedeutet das eine doppelte Last und doppelte Auswirkungen, auch auf Akteure wie das World Food Programme. Einerseits müssen mehr Menschen ernährt werden und sie müssen mit teureren Nahrungsmitteln ernährt werden. Vor dem Hintergrund wäre es sicherlich auch wünschenswert, dass das World Food Programme deutlicher Stellung zu dem Thema Nahrungsmittelspekulation bezieht. Dann würde ich gerne noch zum Schluss zwei Punkte in das Zentrum meiner Abschlussbemerkung stellen: Letzte Woche, und das ist gerade auch schon von verschiedenen Seiten angeklungen worden, war der UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Nahrung auf Einladung der Bundesregierung hier in Deutschland. Das haben wir sehr begrüßt. Er hat dort für einen globalen Aktionsplan zum Recht auf Nahrung geworben. Organisationen von Hungernden und den meisten betroffenen Gruppen, wie Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, Frauen, Indigene und andere, unterstützen diesen Vorschlag sehr deutlich. Daher werben wir auch dafür, dass wir in dem Gesamtkomplex Hunger, humanitäre Hilfe, sowie nachhaltige ländliche, lokale Entwicklung etc., dass die Bundesregierung sich unter dem Dach des Welternährungsrats CFS für einen solchen Aktionsplan tatsächlich einsetzt. Also konkret: Setzen Sie sich mit Michael Fakhri zusammen, schmieden Sie Allianzen mit Staaten in Afrika, Amerika und Asien. Es gibt diese Staaten, die auch Interesse an sowas haben. Beteiligen Sie betroffene Bevölkerungsgruppen auf Augenhöhe, beispielsweise über den zivilgesellschaftlichen und indigenen Mechanismus des Welternährungsrats. Aus unserer Sicht hat ein solches Vorgehen bei der Bekämpfung der strukturellen Ursachen von Hunger und Mangelernährung eine sehr große Wirkung. Mein zweiter Punkt, der schließt sich an sehr viele Aspekte, die hier genannt worden sind. Unter anderem wurde das unter dem Dach Nexus auch diskutiert. Auch vom World Food Programm

wurde beispielsweise die Notwendigkeit des ressortübergreifenden Handels noch mal sehr stark in den Vordergrund gestellt. Aus unserer Sicht ist diese bessere Verknüpfung von humanitärer Hilfe und Mitteln mit langfristigen Maßnahmen wie Agrarökologie wirklich ein großer Schlüssel für nachhaltige Hungerbekämpfung. Die Bundesregierung hat letztes Jahr eine sogenannte Taskforce Ernährungskrise zwischen dem Auswärtigem Amt, dem Landwirtschaftsministerium und dem Entwicklungsministerium ins Leben gerufen. Hier könnte man tatsächlich ansetzen und auch auf nationaler Ebene diese bessere Verzahnung vorantreiben und nicht nur auf den Grand-Bargain-Prozess warten. Strategien für so etwas könnten im Arbeitskreis Welternährung auch diskutiert werden, auch mit der Zivilgesellschaft und anderen Akteuren aus der Wissenschaft. Dabei muss aus unserer Sicht das Recht auf Nahrung der Kompass für solche Strategien sein. Herzlichen Dank.

**Der stellvertretende Vorsitzende:** Vielen Dank. Frau Lumpp.

Sve **Katharina Lumpp:** Vielen Dank auch von meiner Seite. Zunächst ein Dank an die Diskussion, an die Befassung mit dem Thema. Auch wir würden es begrüßen, das häufiger zu tun, weil nicht nur die Bedeutung von humanitärer Hilfe und die Signalwirkung, die von Budgetansätzen ausgeht, auch ist die Kommunikation über das Engagement in der deutschen Öffentlichkeit zunehmend wichtiger. Wir haben in den letzten Jahren gesehen, dass auch Privatspenden tatsächlich zunehmen. Die Solidarität ist groß und es ist wichtig, auch ein Signal zu setzen, dass Deutschland solidarisch mit den Ärmsten der Armen ist und sich in der humanitären Hilfe entsprechend den wachsenden Bedarfen orientiert und engagiert. Das Zweite, was ich ansprechen wollte, sind die Herausforderungen, die sich in der humanitären Hilfe ergeben und verbinden und so zu einer schwierigen, negativen Dynamik führen. Die größte Zahl der Binnenvertriebenen und ein sehr großer Anteil von Flüchtlingen leben in Ländern, in denen Ernährungsunsicherheit zu beobachten ist und Hungerkrisen erwartet werden. Ein sehr



großer Anteil von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen sind in Ländern, die den Folgen des Klimawandels stärker ausgesetzt sind als andere. Das heißt, es gibt da eine Konvergenz der Herausforderungen und mit der erwarteten steigenden Ernährungsunsicherheit werden die Bedarfe in vielen Bereichen absehbar steigen. Insofern ist für bereits Vertriebene oder Menschen auf der Flucht diese Ernährungsunsicherheit, die zu erwarten ist, auch eine Schutzkrise. Sie haben wenige Strukturen, die sie unterstützen oder auffangen können. Sie sind sehr oft gezwungen, das wurde auch angesprochen, zu negativen Bewältigungsstrategien zu greifen, wie zum vermehrten Schulabbruch und zur Kinderarbeit. Wir sehen steigende Zwangsverheiratung. Dies wirkt sich dann in Fluchtsituationen auch sehr negativ auf die soziale Situation und das Zusammenleben zwischen der Aufnahmegemeinschaft und den Flüchtlingen aus und das kann zu Anspannung, zu wachsender Inakzeptanz und zur Feindseligkeit führen und damit den Schutz massiv erodieren. Was ich damit sagen will, dass es wichtig ist, dass wir nicht isoliert auf die Herausforderungen blicken, sondern deren Zusammenspiel und auch die Auswirkungen auf die Lebenssituation von vulnerablen Gruppen im Blick behalten. Letzter Punkt: Ich möchte unterstreichen, wie wichtig es ist, die humanitäre Hilfe mit langfristiger Zusammenarbeit und mit Entwicklungszusammenarbeit besser zu verzahnen, um somit sicherzustellen, dass die humanitäre Hilfe auch dabei unterstützen kann, dass Zugang zu längerfristigen stabileren Systemen und Lösungen besteht. Das ist ganz besonders wichtig, was die Einbindung und Inklusion von Flüchtlingen angeht. Danke.

Der **stellvertretende Vorsitzende**: Frau Mosebach, bitte.

SVe **Bärbel Mosebach**: Auch von meiner Seite herzlichen Dank für den interessanten Austausch. Die verschiedenen Aspekte, die angesprochen wurden, die verschiedenen Perspektiven auch auf Themen. Ich würde gerne zum Abschluss noch einmal auf drei Themen zu sprechen kommen und mit einem für uns wichtigen Thema starten, nämlich der Lokalisierung, Partizipation und

Partnerschaften. Ich hatte es eingangs schon gesagt, dass es für uns wichtig ist, auch noch mal das Thema Komplementarität und Subsidiarität anzuschauen und die Stärken und Vorzüge aller Beteiligten zu kennen und auch zu erkennen. Vor allen Dingen möchten wir eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe ermöglichen und teilweise weg kommen von Ansätzen, die wir haben, die lokale Organisationen nur als Vertragsumsetzer ansehen. Dafür ist es notwendig, dass lokale Organisationen, wie es auch teilweise schon genannt wurde, zu den verschiedenen Möglichkeiten und den verschiedenen Pools Zugang haben. Hier wäre es wünschenswert, dass die Registrierungserfordernisse angepasst werden und es eine Vereinheitlichung gibt, so dass nicht in jedem Land Neuregistrierungen erfolgen müssen. Dies wäre auch ein ziemlicher Effizienzgewinn und vor allen Dingen eine Ressourcenschonung, auch bei den verschiedenen lokalen Akteuren. Gleichzeitig wäre es wünschenswert, es wurde schon gesagt, dass auch aus den Pooled Funds Mittel an lokale NROs gehen, aber wir könnten uns vorstellen da noch einen Schritt weiterzugehen und einen festgelegten Betrag an lokale Organisationen auszugeben. Letztendlich gibt es noch den zentralen Nothilfefonds der Vereinten Nationen auch. Hier wäre es wünschenswert zu schauen, das auch Nichtregierungsorganisationen Zugang zu diesen Mitteln bekommen. Auch hier ist es im Moment so, dass diese Mittel eher über eine Vertragsmittel-Weiterleitung an Organisationen gehen. Letztendlich ist es wichtig zu erkennen, und das hatte ich eingangs auch erwähnt, dass die verschiedenen Entscheidungsgremien, die Leitungsfunktionen, die Koordinationsmechanismen vor Ort für lokale Akteure und Stakeholder geöffnet werden müssen, um den Communities, den betroffenen Menschen, eine Stimme zu geben und das allerdings auch viele der kleineren lokalen Organisationen sehr überfordert. Als Zweites würde ich gerne noch mal auf das Thema der Ernährungsunsicherheit und Ernährungslage in der Welt zurückkommen. Wir als Welthungerhilfe haben das natürlich in unserem Mandat stark verankert und neben den vielfältigen, schon immer bestehenden, Gründen für Ernährungsunsicherheit, wie fehlendes Trinkwasser, fehlendes Gesundheits- und



Hygieneumfeld und strukturelle Ursachen, wie Geschlechtergerechtigkeit, Zugang zu Land, natürliche Ressourcen, alles was hier schon genannt wurde, ist aus unserer Sicht deutlich zu betonen, dass es durch den Klimawandel noch zu einer massiven Verstärkung dieser Problematik gekommen ist. Dadurch sind auch die Bedarfe tatsächlich nicht zurückgegangen, sondern weiter gestiegen. Auch wir sehen eine große Notwendigkeit, die verschiedenen Bereiche zu betrachten, aber eine Verzahnung der humanitären Hilfe mit der Entwicklungszusammenarbeit, um da ressortübergreifend auch entsprechend Synergien zu nutzen. Nichtsdestotrotz glaube ich, Herr Südhoff hat es gesagt, die humanitäre Hilfe ist nicht langfristig und nicht nachhaltig ausgelegt, sondern muss zerstörte Grundfunktionen kurzfristig beheben. Gleichzeitig kann Sie vorausschauend wirken, wenn Ernährungssysteme bedroht sind. Gleichzeitig müssen wir uns langfristig und stabilisierend anschauen, dass Ernährungssysteme transformiert und anders aufgesetzt werden müssen. Dazu gehören natürlich auch Fragen wie Zugang zu Land und ähnlichen, geopolitischen Dingen, die der Kollege Herre eben schon genannt hatte. Und letztendlich ein Punkt, der vielleicht auch noch einmal den Bezug zur Ukraine herstellt, Herr von Borries hatte auch schon gesagt, dass die Programmförderung ein sehr probates Mittel ist, um flexibel und planungssicher auf verschiedene, und vor allen Dingen ständig ändernde, Bedarfe zu reagieren. Sieht man jetzt die Ukraine und es war eine Frage, die eben noch kam, dann würden wir uns wünschen, dass wir regional bezogen in den verschiedenen Ländern in Afrika tatsächlich sehen können, wo Bedarfe sind, wie wir kurzfristig auf Bedarfe reagieren können und möglicherweise durch die Weizenimporte, die fehlen, tatsächlich schauen können, dass wir das flexibel handhaben und uns nicht mit Änderungsantragsschleifen beschäftigen bzw. das Auswärtige Amt, mit dem doch geringen Personal, damit beschäftigen, sondern längerfristig in Rahmenverträgen arbeiten und weniger in einer "Projektitis" enden. Vielen Dank.

Der **stellvertretende Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Steinbach.

Sve **Erika Steinbach**: Humanitäre Hilfe kann nicht nachhaltig sein. Das ist Nothilfe. Das was aber defizitär ist, das ist die Entwicklungshilfe. Ich sagte bereits, dass Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe siamesische Zwillinge sind. Es macht deutlich, dass die Entwicklungshilfe letzten Endes, in die Billionen an Mitteln reingeflossen sind, nicht nachhaltig gewirkt hat, sonst wären wir nicht in dieser katastrophalen Situation für die humanitäre Hilfe. Selbstverständlich muss man den Menschen, die am Verhungern sind helfen, aber ich glaube, man muss den Hebel dort ansetzen, wo dauerhaft etwas bewirkt werden kann. Mit welchem Botschafter ich auch immer gesprochen habe, der einmal in Afrika oder in diesen Ländern tätig war, alle sagen mir, die Entwicklungshilfe hat die Ziele nicht erreicht und der Ansatz ist verkehrt. Man muss diese Länder wieder in die Verantwortung nehmen. Es haben sich viele dieser Regierungen eingerichtet, sodass sie die Hand aufhalten und sich nicht um ihre eigenen Menschen kümmern. Das wurde immer deutlich: Wir brauchen Bildung, Bildung, Bildung! Und es ist herausfordernd, dass sich die Regierungen wieder um ihre eigenen Länder kümmern, jedoch fühlen diese sich ganz wohl, so wie es jetzt im Moment ist. Ich glaube, man muss sich auch darüber im Klaren sein, dass das Thema Geburtenrate letzten Endes ein zerstörerisches Thema ist. China ist durch eine konsequente Familienpolitik aus seinem Elend heraus gekommen, die war vielleicht zu drastisch und zu dramatisch, das würde ich durchaus sagen, aber ich glaube, ohne eine Familienpolitik wird es auch den armen Ländern auf dem afrikanischen Kontinent dauerhaft nicht gut gehen. Natürlich ist die Ernährungssicherheit wesentlich, aber wenn man weiß, dass auf dem afrikanischen Kontinent mehr als 50% der nutzbaren Agrarfläche weltweit sind, dann muss da irgendwas nicht stimmen, wenn man dann auf ukrainisches Korn angewiesen ist. Das heißt, man muss sehen, dass dort die Möglichkeiten auch genutzt werden und ich glaube, man muss wirklich mal gründlich darüber nachdenken, den Bereich Entwicklungspolitik zu verändern, ansonsten wird dieses Elend kein Ende nehmen. Davon bin ich leider Gottes fest überzeugt.

Der **stellvertretende Vorsitzende**: Herr Südhoff.



**SV Ralf Südhoff:** Wir müssen keinen Dialog miteinander beginnen, aber heute reden wir nicht über Entwicklungspolitik und es hängen natürlich Dinge zusammen, aber umso wichtiger ist auch, dass man diese voneinander zu trennen weiß. Das Bevölkerungswachstum ist in sehr vielen Ländern, die sich sehr progressiv entwickelt haben, dann eben auch gesunken, weil im Zuge von Investition, auch über Entwicklungszusammenarbeit, Prozesse entstanden sind, dass Gesellschaften entstehen, wo dann eben auch unter anderem aus der sozialen Not heraus viele Kinder gar nicht mehr zur sozialen Sicherung benötigt werden. Man könnte jetzt noch sehr viele Punkte machen über die Verantwortung des Nordens. Weite Teile der Ernährungskrisen in Afrika - schauen Sie heute auf das Horn von Afrika - sind klimabedingt. Man muss schon den Klimawandel per se, was auch teils hier im Raum steht, als nicht menschengemacht abtun, um die Verantwortung des Nordens abzutun, und dass wir eine Verantwortung dann auch in der humanitären Hilfe haben, die massiv gebraucht wird, so kurzfristig sie auch sein mag, unter anderem wegen unserer Klima-Performance nicht mehr von uns zu finanzieren sein soll. Ich wollte eigentlich was ganz anderes sagen. Ich würde gerne zwei, drei Punkte noch in der Kürze der Zeit machen. Stichwort Grand Bargain: Zu diesem haben wir auch intensiv gearbeitet, jedoch hatten wir uns noch nicht, wie zum Beispiel über die bereits erläuterten Punkte und Verfahren, geäußert. Es ist aber gleichzeitig auch nicht nur eine technische Frage. Der Grand Bargain hat zum Glück in dem Verfahren von 2021 an die sogenannten politischen Ausschüsse gegründet, vor dem Hintergrund, dass es sehr viel um politische Fragen geht und nicht nur um Verfahrensfragen und weil man sehr gute Vorschläge hatte, die dann aber im ersten Prozess nicht umgesetzt wurden. Deswegen ist es aus unserer Sicht sehr wichtig, einen Nachfolgeprozess zu haben, der sich auch auf diese politischen Ausschüsse und Prozesse und die genannten Themen konzentriert. Es bedarf aber tatsächlich auch eines politischen Engagements von vielen Regierungen, die dann Rosinenpickerei machen, welche Themen sie nutzen wollen und was sie interessiert. Da würden wir uns wünschen, dass Deutschland noch mehr versucht, andere Hauptstädte zu einem

echten Engagement, beispielsweise bei einer Flexibilisierung der Hilfe, auf Basis der guten Entwicklungen zum Teil in Deutschland zu bewegen. Es braucht aber natürlich von Hilfsorganisationen ein echtes Engagement, auch dort keine Rosinenpickerei zu betreiben und beispielsweise bei Fragen zu den Prozessen, welche Rolle Hilfsorganisationen im Zusammenspiel mit lokalen Partnerinnen und Partnern mittelfristig eigentlich spielen sollen, auch sich mehr bewegen. Ein zweiter Punkt zum Thema Budget vielleicht nochmal ganz kurz: Ich glaube, wir haben eine dramatische Unterfinanzierung und zwar übrigens auch in Krisen wie dem Syrien-Kontext. Vorhin, ich glaube Sie, Herr Altenkamp, haben gehofft, dass die Finanzierung dort besser gesichert sei, auch allein der Syrien-Kontext gehört dazu und die humanitäre Hilfe dort ist im vergangenen Jahr nur zu 50% finanziert gewesen. Sie finden dies auf Seite 11 in unserer Stellungnahme. Insofern gibt es selbst in den prioritären, auch politisch prioritären, Krisen in Europa ein dramatisches Defizit. Es ist geboten, dass wir eine frühzeitige Budgetplanung haben, so wie es Herr Bodo von Borries gesagt hat, die sehr früh klare Prioritäten setzen kann. Gleichzeitig ist geboten, dass wir eben in die Strukturen, in das Personal vom Auswärtigen Amt investieren, damit es noch früher und noch strategischer handeln kann. Apropos Strategie: Das Auswärtige Amt schreibt jetzt gerade eine neue Strategie ab 2024. Wir würden uns wünschen, dass es in dieser Strategie eine klare Priorisierung gibt. Die alte Strategie hatte ungefähr ein Dutzend Themen, die man verfolgen wollte. In unserer Studie beschreiben wir, wie sehr das auch zu Problemen führt, weil man sich eben nicht im Rahmen der Möglichkeiten profilieren kann. Und letzter Punkt: Apropos Strategie und apropos Ausschuss - wir würden uns wünschen, dass es zum einen zu einer regelmäßigen Berichterstattung zur humanitären Hilfe vom Auswärtigen Amt kommt. Beispielsweise legt ECHO jährlich einen Bericht vor. Auch über die Menschenrechtsarbeit wird in Deutschland alle zwei Jahre berichtet und hier im Ausschuss diskutiert. Eine Priorität des Ausschusses, die etwas ausgewogener zwischen Menschenrechtsfragen, die extrem wichtig sind, und der humanitären Hilfe, die extrem wichtig ist, wäre hilfreich. Auch sehr spannend und hilfreich



fänden wir eine Debatte, beispielsweise über den Strategieprozess im Laufe dieses Jahres und was die richtigen und größten Prioritäten für Deutschland sein könnten, wie auch über einen vielleicht schon wieder jährlichen Bericht im nächsten Jahr. Vielen Dank für das Interesse und dass wir hier sein durften.

Der **stellvertretende Vorsitzende**: Vielen Dank, und zum Schluss, Herr Westphal.

SV **Florian Westphal**: Recht herzlichen Dank. Ich überlege gerade, was es eigentlich bedeutet, einen Nachnamen zu haben, der mit W anfängt. Ist es jetzt ein Vorteil, wenn man als Letzter kommt, oder ein Nachteil? Ich werde mal versuchen, es tatsächlich als Vorteil zu nutzen.

Der **stellvertretende Vorsitzende**: Ich weiß, was es bedeutet, mit A anzufangen!

SV **Florian Westphal**: Genau! Ich schließe mich auch sehr gern dem Dank meiner Vorredner an, einen Dank wirklich an Sie, an die Abgeordneten hier, natürlich auch an die Gäste, für diesen wirklich interessanten und relevanten Austausch. Ich werde mal versuchen, ein bisschen nach vorne zu schauen, was wir natürlich alle schon getan haben. Eine Sache, die wirklich ins Auge fällt ist, dass das Ausmaß und die Schwere der Krisen, über die wir hier sprechen, nicht abnehmen werden, ganz im Gegenteil. Ich glaube, wir müssen leider davon ausgehen, dass gerade mit diesem großen Faktor Klimakrise, dessen Bedeutung wir noch gar nicht richtig einschätzen können, tatsächlich die humanitären Bedarfe weltweit zunehmen werden. Kinder und Jugendliche werden besonders hart davon betroffen sein. Sie sind es schon jetzt und das wird nicht weiter abnehmen. Wenn es jetzt darum geht, wie man im Rahmen der deutschen humanitären Hilfe diese Bedarfe von Kindern verstehen kann, ist es sehr wichtig, letztendlich sie zusammen zu denken und nicht auf künstlicher Art und Weise zu trennen, also Gesundheit von Bildung und von Schutz vor Gewalt. Zum Beispiel Gesundheit und Ernährung: Wir haben noch nicht so viel über Gesundheit gesprochen, aber es ist für uns wirklich

interessant zu sehen. Wir sind sehr aktiv in Aktivitäten zur Mangelernährung von Kindern und natürlich läuft das nicht vorrangig über Gesundheitsstrukturen, sondern vorrangig über Basis-Gesundheitsversorgung. Da gehen die Eltern mit ihren kranken Kindern hin und dort wird die Mangelernährung festgestellt, diagnostiziert und auch ganz oft, beispielsweise mit Verteilung von therapeutischer Fertignahrung etc., behandelt. Ähnliche Beispiele könnte man, glaube ich, sehr viele aufmachen. Wohin das uns aber hinführt, diese verschiedene Bedarfe zusammen zu denken: Ich glaube, da spielt der Nexus tatsächlich eine sehr große Rolle, deswegen bin ich auch meinen Kolleg/-innen sehr dankbar, dass der so erwähnt worden ist. Wir haben extra einmal versucht ein Beispiel in unsere schriftliche Stellungnahme aus Somalia aufzunehmen, wie das laufen kann und wie das auch konkret vom AA einerseits und vom BMZ andererseits unterstützt werden und unter diesem Chapeau-Ansatz laufen kann. Wir wünschen uns sehr, dass das auch weiterhin Priorität hat und weiter mitentwickelt wird. Einiges noch zur Finanzierung, Herr von Borries hat es schon kurz angesprochen, aber ich will es trotzdem noch mal ein bisschen deutlicher machen: Eines der Dinge, die uns in dem Bericht etwas besorgt hat, ist, dass wir gesehen haben, dass der Anteil der Zuwendung für NROs in Deutschland im Berichtszeitraum eher deutlich gesunken ist und dass sich der Aufwuchs der deutschen humanitären Mittel eben nicht bei NROs niedergeschlagen hat. Wir finden, das müsste man noch einmal überdenken. Wir denken schon, dass die NROs einen besonderen Beitrag leisten können. Gerade, wenn es darum geht, wirklich sicherzustellen, dass die Stimmen und Meinungen der Menschen vor Ort, also derer, die die Hilfe am dringendsten brauchen, die ausschlaggebende Rolle spielt. Wir sind da sehr dicht dran und können mit diesen lokalen Partnerschaften, diese Expertise erreichen. Wir hoffen, dass wir deswegen auch weiterhin einen großen Teil in der Hilfe spielen können. Das bringt mich zur Lokalisierung, weil im Übrigen völlig zurecht von allen hier angesprochen wurde, dass auch die Anforderungen an internationale NGOs, wie Save the Children, durch die Lokalisierung beträchtlich sind. Wir kündigen einiges an und wir werden natürlich dafür zur Rechenschaft gezogen, inwieweit wir das





erreichen können. Ich glaube, die auch im Grand Bargain thematisierte Rolle des Mittlers, der Intermediary Organisations, sollte in der weiteren Entwicklung wirklich eine große Priorität einnehmen, auch in der Zusammenarbeit zwischen dem Auswärtigen Amt und Nichtregierungsorganisationen. Wie kann man das so gestalten, dass es einem gemeinsam wirklich gelingt, die Kapazität von lokalen NROs zu stärken und lokale NGOs nicht nur zu fördern, wenn es um die Umsetzung von humanitären Hilfsprogrammen geht, sondern auch wenn es um die langfristige Stärkung ihrer Kapazitäten geht. Ich glaube, da gibt es jede Menge Raum für Zusammenarbeit. Ich habe noch 35 Sekunden. Die wollte ich einfach nur noch einmal nutzen, weil das vorher ein bisschen zur Sprache kam und vielleicht leichte Zweifel aufkamen bezüglich des eigentlichen Verhältnisses zwischen der Bundesregierung und den NROs und inwieweit tatsächlich unsere Unabhängigkeit gegenüber der Bundesregierung, die sehr wichtig ist, wirklich gewährleistet werden kann. Ich kann Sie da sehr beruhigen. Ich erlebe den Dialog sowohl mit dem Auswärtigen Amt als auch mit dem BMZ als einen vom gegenseitigen Respekt geprägten Austausch, der auch unterschiedliche Meinungen und Perspektiven sehr gut ab kann. Und die ändern auch nichts an der fundamentalen Partnerschaft zwischen unterschiedlichen und unabhängigen

Partnern. Vielen Dank.

Der **stellvertretende Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Westphal. Ich denke, das war sogar ein sehr schönes Schlusswort. Sie haben im Prinzip auch sechs Fraktionen erlebt mit unterschiedlichen Nachfragebedarf und ich habe sehr wohl auch den Wunsch zur Kenntnis genommen und werde ihn auch nochmal an die Vorsitzende weitertragen, dass man sich häufiger mit dem Thema humanitäre Hilfe auseinandersetzt. Allerdings werden wir über den Bericht der Bundesregierung über die Lage der humanitären Hilfe im Ausland das nächste Mal 2026 für die Jahre 2022 bis 2025 reden. Aber wenn mir eins die letzten fünf Jahre gezeigt haben, dass man Gott sei Dank die Gelegenheit hat, in unterschiedlichen Formaten zu unterschiedlichen Themen, Sie, als geschätzte Experten, immer wieder hier zur Verfügung zu haben. In diesem Sinne freue ich mich nun, dass Sie hoffentlich einen schönen Feierabend haben. Und auf ein Wiedersehen bei einem der nächsten Austausche. Herzlichen Dank! Die Sitzung ist geschlossen.



Schluss der Sitzung: 15:51 Uhr

Renata Alt, MdB  
**Vorsitzende**

Norbert Altenkamp  
**stv. Vorsitzender**